

Pies, Ingo

Working Paper

Öffentlicher Vernunftgebrauch in Zeiten des Krieges: Über die Rechte und Pflichten von Intellektuellen

Diskussionspapier, No. 2023-04

Provided in Cooperation with:

Martin Luther University of Halle-Wittenberg, Chair of Economic Ethics

Suggested Citation: Pies, Ingo (2023) : Öffentlicher Vernunftgebrauch in Zeiten des Krieges: Über die Rechte und Pflichten von Intellektuellen, Diskussionspapier, No. 2023-04, ISBN 978-3-96670-171-6, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik, Halle (Saale), <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:3:2-944665>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/270996>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ingo Pies

Öffentlicher Vernunftgebrauch in Zeiten des Krieges – Über die Rechte und Pflichten von Intellektuellen

Diskussionspapier Nr. 2023-04

des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
hrsg. von Ingo Pies,
Halle 2023

Haftungsausschluss

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Der Herausgeber teilt daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISBN 978-3-96670-170-9 (gedruckte Form)
ISBN 978-3-96670-171-6 (elektronische Form)
ISSN 1861-3594 (Printausgabe)
ISSN 1861-3608 (Internetausgabe)

Autoranschrift

Prof. Dr. Ingo Pies
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Große Steinstraße 73
D-06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Fax: +49 (0) 345 55 27385
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Korrespondenzanschrift

Prof. Dr. Ingo Pies
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftlicher Bereich
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Große Steinstraße 73
D-06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Fax: +49 (0) 345 55 27385
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Kurzfassung

Dieser Artikel geht aus einer ordonomischen Perspektive vier Fragen nach. Sie lauten: 1. Was genau ist unter öffentlichem Vernunftgebrauch zu verstehen? 2. Warum sollte der öffentliche Vernunftgebrauch möglichst uneingeschränkt sein? 3. Gibt es für Intellektuelle neben Rechten vielleicht auch Pflichten in Zeiten des Krieges? 4. Was bedeutet dies konkret für den Ukraine-Krieg? Wie sehen Beispiele vorbildlicher Pflichterfüllung bzw. eklatanter Pflichtverletzung aus?

Schlüsselbegriffe: Öffentlicher Vernunftgebrauch, Ordonomik, Diskurs, Meinungsfreiheit

Abstract

This article explores three questions from an ordonomic perspective: 1. What exactly is meant by public use of reason? 2. Why should the public use of reason be as unrestricted as possible? 3. Are there perhaps duties for intellectuals in times of war in addition to rights? 4. What does this mean in concrete terms for the war in Ukraine? What are examples of exemplary performance of duty and blatant breach of duty?

Keywords: public use of reason, ordonomics, discourse, freedom of expression

Öffentlicher Vernunftgebrauch in Zeiten des Krieges – Über die Rechte und Pflichten von Intellektuellen

Ingo Pies

Der Titel dieses Beitrags ist programmatisch gewählt. Er gibt genau den Inhalt an, der behandelt werden soll. Die argumentative Vorgehensweise besteht darin, vier Fragen zu beantworten. Diese lauten: 1. Was genau ist unter öffentlichem Vernunftgebrauch zu verstehen? 2. Warum sollte der öffentliche Vernunftgebrauch möglichst uneingeschränkt sein? 3. Gibt es für Intellektuelle neben Rechten vielleicht auch Pflichten in Zeiten des Krieges? 4. Was bedeutet dies konkret für den Ukraine-Krieg? Wie sehen Beispiele vorbildlicher Pflichterfüllung bzw. eklatanter Pflichtverletzung aus? – Sowohl diese Fragestellungen als auch die jeweiligen Argumentationsüberlegungen zu ihrer Beantwortung sind durchgehend informiert und inspiriert durch die Perspektive des ordonomischen Forschungsprogramms.¹

1. Öffentlicher Vernunftgebrauch im Sinne Immanuel Kants

((1)) Im Dezember des Jahres 1784 veröffentlicht Immanuel Kant in der Berlinischen Monatsschrift einen Aufsatz, der heute weltweit zu den einflussreichsten der neuzeitlichen Philosophiegeschichte gezählt wird.² Unter dem Titel „Was ist Aufklärung?“ geht Kant der Frage nach, welche Freiheitseinschränkungen gesellschaftlich *funktional* und welche *dysfunktional* sind. Als Demarkationslinie führt er eine gedankliche Unterscheidung ein, die er mit den (erläuterungsbedürftigen) Begriffen eines privaten bzw. öffentlichen Vernunftgebrauchs belegt.

Ein *privater* Vernunftgebrauch liegt dort vor, wo man sich in Pflichtverhältnissen befindet und bewegt. Zu denken ist etwa an Delegationsbeziehungen, wo ein Agent (= Auftragnehmer) einem Prinzipal (= Auftraggeber) gegenüber zu bestimmten Handlungen treuhänderisch verbunden ist, so dass eine unbeschränkte Handlungsfreiheit des Agenten (zur Verfolgung seiner *eigenen* Interessen) die berechtigten Interessen und Erwartungen des Prinzipals verletzen würde. Ein konkretes Beispiel aus unserer zeitgenössischen Diskussion betrifft die Handlungsfreiheit von Managern, die von Unternehmenseigentümern eingestellt werden, um Wertzuwächse des ihnen anvertrauten Unternehmensvermögens zu erwirtschaften. Eine Person, die im Auftrag anderer Menschen wirtschaftet, muss sich anders verhalten, als wenn es darum geht, nach Gutdünken ihr eigenes Geld auszugeben bzw. ihr eigenes Vermögen zu verwalten. Als Auftragnehmerin muss sie in Rechnung stellen, was ihre Auftraggeber legitimerweise erwarten dürfen. Andernfalls verstieße sie gegen ihre Treupflicht und würde das in sie gesetzte Vertrauen enttäuschen.³

¹ Vgl. hier zu grundlegend Pies (2022), mit weiterer Literatur.

² Vgl. Kant (1784, 1969; AA VIII).

³ Diese inhaltliche Position, dass der private Vernunftgebrauch von Managern aufgrund ihres Auftragsverhältnisses eng limitiert ist, wurde prominent von Milton Friedman (1970, 2007) vertreten, freilich in anderer Terminologie und ohne expliziten Verweis auf Immanuel Kant. Vielleicht deshalb ist es in der international geführten unternehmensethischen Debatte zur Unternehmensethik und insbesondere zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen und Managern über weite Strecken unerkannt geblieben, dass die Kritiker Milton Friedmans sich inhaltlich mit Immanuel Kant – genauer: mit den *Argumenten* Immanuel Kants –

Ein *öffentlicher* Vernunftgebrauch hingegen liegt dort vor, wo sich ein Akteur mit Informationen und kritischen Ideen an ein Publikum wendet, um einen Diskurs anzustoßen, die Praxis des privaten Vernunftgebrauchs zu verbessern. Man denke etwa an das Vorschlagswesen in einem Unternehmen. Ein angestellter Mitarbeiter hat nicht das Recht, willkürlich das Produkt oder Produktionsverfahren zu ändern, weil er glaubt, eine Verbesserungsidee zu haben. Aber in einem modernen Unternehmen hat er das Recht – und sogar die Pflicht –, seine Vorgesetzten auf diese Verbesserungsidee aufmerksam zu machen, um so einen Diskussions- und schließlich einen Entscheidungsprozess in Gang zu setzen, in dem die Entscheidungsbefugten darüber befinden, ob die Verbesserungsidee ausprobiert und implementiert werden soll.

Im Hinblick auf diese Unterscheidung vertritt Kant folgende These: „[D]er *öffentliche* Gebrauch seiner Vernunft muss jederzeit frei sein ...; der *Privatgebrauch* derselben aber darf öfters sehr enge eingeschränkt sein“⁴.

Als Begründung verweist er auf das Kriterium gesellschaftlicher Funktionalität. Er vertritt die Ansicht, dass der private Vernunftgebrauch sehr wohl eingeschränkt sein *darf* – und sogar eingeschränkt sein *muss*, weil sonst die gesellschaftliche Arbeitsteilung zum Erliegen käme und mithin „die Geschäfte leiden“⁵ würden. Da es aber möglich ist, den *öffentlichen* Vernunftgebrauch so zu organisieren, dass die Geschäfte *nicht* leiden, entfällt aus seiner Sicht der Grund für dortige Freiheitseinschränkungen. Damit markiert Kant eine Arena für gesellschaftliche Lernprozesse (= Aufklärung), die durch Freiheit zur Kritik vorangetrieben werden (sollen). Kants Plädoyer für einen *uneingeschränkten öffentlichen Vernunftgebrauch* liegt also die Vorstellung zugrunde, dass eine vom konkreten Handlungskontext separierte Gedanken- und Redefreiheit dem Gemeinwohl ebenso förderlich ist wie der eingeschränkte private Vernunftgebrauch, d.h. die individuelle Bindung an Leistungsversprechen, ohne die es keine Vertrauensbasis für Arbeitsteilung geben würde.

Kant erläutert seine These mit drei Beispielen. Aus seiner Sicht

„würde es sehr verderblich sein, wenn ein Offizier, dem von seinen Oberen etwas anbefohlen wird, im Dienste über die Zweckmäßigkeit oder Nützlichkeit dieses Befehls laut vernünfteln wollte; er muss gehorchen. Es kann ihm aber billigermaßen nicht verwehrt werden, als Gelehrter über die Fehler im Kriegesdienste Anmerkungen zu machen und diese seinem Publikum zur Beurteilung vorzulegen. Der Bürger kann sich nicht weigern, die ihm auferlegten Abgaben zu leisten; sogar kann ein vorwitziger Tadel solcher Auflagen, wenn sie von ihm geleistet werden sollen, als ein Skandal (das allgemeine Widersetzlichkeiten veranlassen könnte) bestraft werden. Eben derselbe handelt demungeachtet der Pflicht eines Bürgers nicht entgegen, wenn er als Gelehrter wider die Unschicklichkeit oder auch Ungerechtigkeit solcher Ausschreibungen öffentlich seine Gedanken äußert. Ebenso ist ein Geistlicher verbunden, seinen Katechismusschülern und seiner Gemeinde nach dem Symbol der Kirche, der er dient, seinen Vortrag zu tun; denn er ist auf diese Bedingung angenommen worden. Aber als Gelehrter hat er volle Freiheit, ja sogar den Beruf dazu, alle seine sorgfältig geprüften und wohlmeinenden Gedanken über das Fehlerhafte in jenem Symbol und Vorschläge wegen besserer Einrichtung des Religions- und Kirchenwesens dem Publikum mitzuteilen.“⁶

Diese drei Beispiele zeigen deutlich, welches Problem Kant zu lösen beabsichtigt. Ihm geht es darum, einerseits die gesellschaftliche Praxis der Arbeitsteilung aufrechtzuerhalten und diese Praxis andererseits für Lernprozesse zu öffnen und offen zu halten.

auseinandersetzen müssten, was aber leider zumeist unterbleibt. Für eine Ausnahme hierzu vgl. Pies, Schreck und Homann (2021).

⁴ Kant (1784, 1969; AA VIII, S. 37, H.i.O.).

⁵ Kant (1784, 1969; AA VIII, S. 37).

⁶ Kant (1784, 1969; AA VIII, S. 37 f.).

((2)) Etwas missverständlich und daher erläuterungsbedürftig ist Kants Terminologie, weil sich bei ihm der private Vernunftgebrauch aufs Denken und *Handeln* bezieht, der öffentliche hingegen aufs Denken und *Diskutieren*, also darauf, etwas für andere Bürger zur Diskussion zu stellen. Man kann diese kategoriale Unterscheidung am besten dadurch verdeutlichen, dass man sie in das Drei-Ebenen-Schema einordnet, mit dem die Ordonomik gesellschaftliche Lernprozesse rekonstruiert (Abbildung 1).

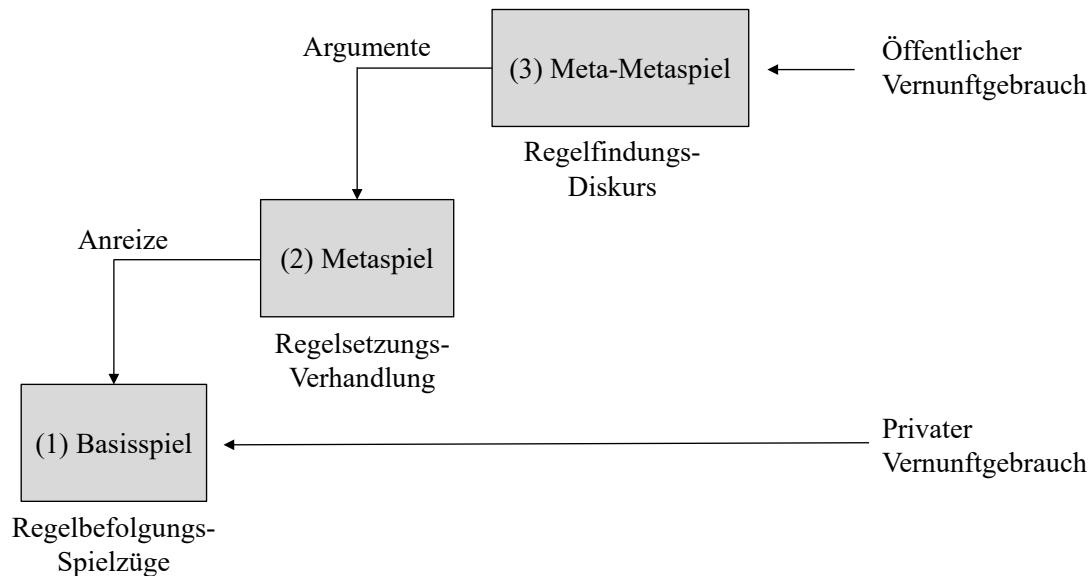


Abbildung 1: Das ordonomische Drei-Ebenen-Schema

Kants Kategorie eines *privaten* Vernunftgebrauchs bezieht sich auf Ebene 1, auf die Wahl von Spielzügen in einem gegebenen Basisspiel, handle es sich um soldatische Kriegshandlungen, um die Erfüllung bürgerlicher Steuerpflichten oder um die Ausübung eines Kirchenamtes und die Befolgung der damit verbundenen Amtspflichten.

Kants Kategorie eines *öffentlichen* Vernunftgebrauchs hingegen bezieht sich auf Ebene 3, auf die aktive Teilnahme an einem kritischen Diskurs über das Basisspiel, der gewissermaßen zwei Ebenen höher angesiedelt ist und deshalb im Hinblick auf das zugrunde liegende Basisspiel als Meta-Metaspiele bezeichnet werden kann: als öffentliche Arena des Austausches von Argumenten.

Das ordonomische Drei-Ebenen-Schema lenkt die Aufmerksamkeit darauf, dass es noch eine zweite Ebene gibt, die bei Kant zwar nicht explizit angesprochen wird, aber doch implizit mitgemeint ist. Es handelt sich um eine Meta-Ebene, die die Ebenen des privaten und öffentlichen Vernunftgebrauchs voneinander trennt, aber auch miteinander vermittelt: die Meta-Ebene eines politischen Prozesses, in dem die Spielregeln für das Basisspiel festgelegt (und verändert) werden können. Hier erfolgt gewissermaßen die Umsetzung von Argumenten (aus Ebene 3) in Anreize für Handlungen (auf Ebene 1). Die Logik lautet: Regelfindungsdiskurse erörtern die (Un-)erwünschtheit des Status quo sowie die denkbaren Optionen für alternative Spielregeln, die andere Spielzüge und mithin andere Spielergebnisse nach sich ziehen würden. Damit wird ein Erwartungshorizont für politische Regelsetzungsprozesse aufgespannt, die das Basisspiel mit einem (modifizierten) Ordnungsrahmen versorgen. Hier werden also die Weichen für das Regelbefolgungsspiel gestellt, in dem sich das je individuelle Verhalten (von Individuen und Organisationen) an institutionellen Anreizen ausrichtet.

Man sieht: Kant geht es darum, gesellschaftliche Lernprozesse zu ermöglichen, indem er die Ebenen 1 und 3 voneinander entkoppelt. Ihm geht es darum, eine gesellschaftliche Arena handlungsentlasteter Diskurse (Ebene 3) zu eröffnen, in denen kollektiv erörtert werden kann, welche Handlungsmuster wünschenswert wären und wie solche Handlungsmuster (auf Ebene 1) durch Regeländerungen (auf Ebene 2) initiiert und stabilisiert werden können. Ferner sieht man: Kant geht es nicht darum, die Arena des privaten Vernunftgebrauchs von der Arena des öffentlichen Vernunftgebrauchs abzutrennen – im Sinne von: zu isolieren –, sondern vielmehr darum, die beiden Arenen konzeptionell auseinanderzuhalten, um sie so miteinander zu vermitteln, dass die gesellschaftliche Arbeitsteilung durch gesellschaftliche Lernprozesse gefördert und konstruktiv weiterentwickelt wird. Man kann es auch so ausdrücken: Im zeitgenössischen Kontext der Französischen Revolution skizziert Kant ein gesellschaftliches Reformprogramm, das auf friedliche Lernprozesse setzt, um den Problemstau gesellschaftlicher Herausforderungen kontinuierlich abzarbeiten: Der *öffentliche* Vernunftgebrauch ist bei Kant der systematische Ort der Kritik: eine institutionalisierte Arena intellektueller Reflexions- und Reformbestrebungen zur Verbesserung des *privaten* Vernunftgebrauchs.

((3)) Wie aktuell Kants Problemstellung immer noch ist, zeigt die zeitgenössische Diskussion um Whistleblowing. Hier geht es um die Frage, inwiefern eine vertraglich vereinbarte Schweigepflicht, die den privaten Vernunftgebrauch einschränkt, als gesellschaftlich wünschenswert anerkannt werden soll, und inwiefern Ausnahmen gesetzlich geregelt werden, weil es ein überragendes gesellschaftliches Interesse daran gibt, per öffentlichem Vernunftgebrauch über Fehlverhalten und Missstände in Organisationen informiert zu werden.

Auch die immer wieder neu zu justierenden Regeln der Meinungsfreiheit verweisen darauf, dass zeitgenössische Bemühungen um die institutionelle Verfassung unserer Diskurse sich konzeptionell immer noch in jenen Bahnen bewegen, die Kant mit seiner Unterscheidung von privatem und öffentlichem Vernunftgebrauch vorgezeichnet hat.

2. Uneingeschränkter öffentlicher Vernunftgebrauch im Sinne John Stuart Mills

((1)) Auch wenn die Idee zur Errichtung und institutionellen Einrichtung einer *Arena für öffentlichen Vernunftgebrauch* auf Immanuel Kant und mithin auf das 18. Jahrhundert zurückgeht, stammen die wesentlichen Argumente für einen *weitestgehend uneingeschränkten* öffentlichen Vernunftgebrauch erst aus dem 19. Jahrhundert. Der *locus classicus* hierfür ist die 1859 von John Stuart Mill veröffentlichte Abhandlung „On Liberty“.⁷ Mill buchstabiert dort eine Idee aus, die er mit folgendem Satz auf den Punkt bringt: „He who knows only his own side of the case, knows little of that.“⁸

((2)) Abbildung 2 hilft, sich die Systematik zu veranschaulichen, mit der Mill seine These einlöst, dass gesellschaftliche Nutzenüberlegungen einen *weitestgehend uneingeschränkten* öffentlichen Vernunftgebrauch rechtfertigen. Zu unterscheiden sind insgesamt vier Fälle. Ich gehe sie nun der Reihe nach durch und beginne mit Quadrant II.

⁷ Vgl. Mill (1859, 1977).

⁸ Mill (1859, 1977; S. 245).

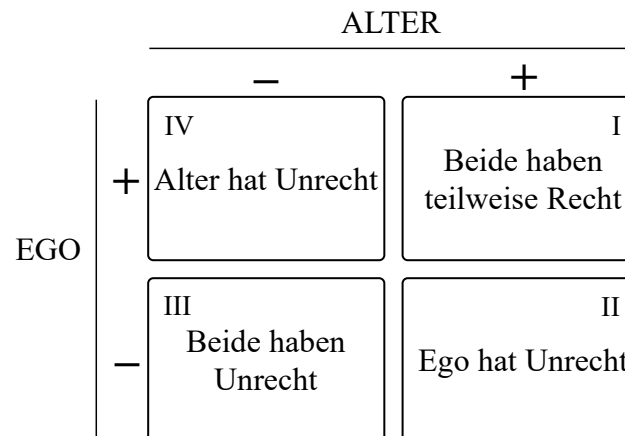


Abbildung 2: Fallunterscheidung zur Meinungsfreiheit

- Quadrant II: Mill setzt sich explizit mit dem Fall auseinander, dass man selbst falsch liegt und dass Menschen, die eine abweichende Meinung vertreten, damit richtig liegen. Er schreibt hierzu: „[T]he opinion which it is attempted to suppress by authority may possibly be true. Those who desire to suppress it, of course deny its truth; but they are not infallible. They have no authority to decide the question for all mankind, and exclude every other person from the means of judging. To refuse a hearing to an opinion, because they are sure that it is false, is to assume that *their* certainty is the same thing as *absolute* certainty. All silencing of discussion is an assumption of infallibility.“⁹ Mill verweist also darauf, dass subjektive Gewissheitsempfindungen kein verlässlicher Wahrheitsindikator sind. Und dann kommt er auf den Bedarf an Fehlerkorrektur zu sprechen. Hierzu liest man: „The peculiar evil of silencing the expression of an opinion is, that it is robbing the human race; posterity as well as the existing generation; those who dissent from the opinion, still more than those who hold it. If the opinion is right, they are deprived of the opportunity of exchanging error for truth“.¹⁰ Mills Argument lässt sich also auf den Gedanken zuspitzen, dass eine Einschränkung der Meinungsfreiheit in Form eines Ausschlusses vermeintlich falscher Meinungen vom Diskurs – modern ausgedrückt: eine Schließung des Overton-Fensters, eine Verengung des als zulässig erachteten Meinungskorridors – einer Anmaßung des Wissens gleichkommt und die Konsequenz nach sich zieht, gesellschaftliche Lernprozesse zu blockieren.
- Quadrant IV: Mill setzt sich ebenso explizit mit dem spiegelbildlichen Fall auseinander, dass man selbst richtig liegt und dass Menschen, die eine abweichende Meinung vertreten, damit falsch liegen. Hier entwickelt er ein Argument zugunsten uneingeschränkter Meinungsfreiheit, das im zeitgenössischen öffentlichen Bewusstsein weitaus weniger fest verankert ist. Seine Überlegungen hierzu lauten wie folgt: „However unwillingly a person who has a strong opinion may admit the possibility that his opinion may be false, he ought to be moved by the consideration that however true it may be, if it is not fully, frequently, and fearlessly discussed, it will be held as a dead dogma, not

⁹ Mill (1859, 1977; S. 229, H.i.O.).

¹⁰ Mill (1859, 1977; S. 229).

a living truth.“¹¹ Mill zufolge sind falsche Argumente im Diskurs zuzulassen, damit die Wahrheit – und vor allem: die Begründung der Wahrheit und die Zurückweisungsargumente gegen falsche Auffassungen – nicht in Vergessenheit geraten. Und dann fügt er die klassisch gewordene Formulierung hinzu, mit der er den Gedanken zuspitzt, dass man die eigene Position erst dann vollends transparent selbst versteht, wenn man die relevanten Alternativen kennt und kritisch durchdacht hat. Hierzu ist zu lesen: „He who knows only his own side of the case, knows little of that. His reasons may be good, and no one may have been able to refute them. But if he is equally unable to refute the reasons on the opposite side; if he does not so much as know what they are, he has no ground for preferring either opinion. The rational position for him would be suspension of judgment, and unless he contents himself with that, he is either led by authority, or adopts, like the generality of the world, the side to which he feels most inclination.“¹² Hieran schließt Mill die Überlegung an, dass die Authentizität von Meinungen – gerade auch von falschen Meinungen – wichtig ist. Dies lässt sich so interpretieren, dass abweichende Meinungen, die der eigenen Auffassung widersprechen, stets in einer möglichst starken Variante artikuliert werden sollen, weil es der Wahrheitssuche nicht förderlich ist, sich mit schwächeren Varianten zufrieden zu geben. Hierzu liest man: „Nor is it enough that he should hear the arguments of adversaries from his own teachers, presented as they state them, and accompanied by what they offer as refutations. That is not the way to do justice to the arguments, or bring them into real contact with his own mind. He must be able to hear them from persons who actually believe them; who defend them in earnest, and do their very utmost for them. He must know them in their most plausible and persuasive form; He must feel the whole force of the difficulty which the true view of the subject has to encounter and dispose of; else he will never really possess himself of the portion of truth which meets and removes that difficulty.“¹³ Mills Argument lässt sich mithin auf den Gedanken zuspitzen, dass eine kritische Untersuchung falscher Ideen Lernprozesse befördert und dass man deshalb den Diskurs auch für solche Ideen offen halten sollte, die man selbst für falsch hält.

- Quadranten I und III: Mill setzt sich auch mit den beiden Fällen auseinander, dass mehrere Meinungen gleichzeitig teilweise Recht bzw. teilweise Unrecht haben. Hier lautet sein Argument: Um die ganze Wahrheit ans Tageslicht zu bringen, müssen alle kontroversen Anschauungen transparent auf den Tisch. Dazu liest man: „Popular opinions, on subjects not palpable to sense, are often true, but seldom or never the whole truth. They are a part of the truth; sometimes a greater, sometimes a smaller part, but exaggerated, distorted, and disjointed from the truths by which they ought to be accompanied and limited. Heretical opinions, on the other hand, are generally some of these suppressed and neglected truths, bursting the bonds which kept them down, and either seeking reconciliation with the truth contained in the common opinion, or fronting it as enemies, and setting themselves up, with similar exclusiveness,

¹¹ Mill (1859, 1977; S. 243).

¹² Mill (1859, 1977; S. 245).

¹³ Mill (1859, 1977; S. 245).

as the whole truth. The latter case is hitherto the most frequent, as, in the human mind, one-sidedness has always been the rule, and many-sidedness the exception. Hence, even in revolutions of opinion, one part of the truth usually sets while another rises. ... Every opinion which embodies somewhat of the portion of truth which the common opinion omits, ought to be considered precious, with whatever amount of error and confusion that truth may be blended.“¹⁴ Mills Argument lässt sich mithin auf den Gedanken zuspitzen, dass *Einseitigkeiten* in der Meinungsbildung nur durch *Vielseitigkeit* korrigiert werden können, noch präziser: dadurch, dass ausnahmslos *alle* Seiten zum Diskurs zugelassen und dann natürlich kritisch überprüft werden.

((3)) Bislang bin ich nur der von Kant aufgeworfenen und von Mill weiterverfolgten Frage nachgegangen, ob Bürger ein Recht auf (möglichst uneingeschränkten) öffentlichen Vernunftgebrauch haben. Rein logisch betrachtet kann man diese Frage auch spiegelbildlich umkehren und untersuchen, ob es eine zu diesem *Recht* korrespondierende – und ebenfalls aus Zweckmäßigkeitserlegungen gesellschaftlichen Nutzens herleitbare – *Pflicht* gibt, welche Bürger beim öffentlichen Gebrauch ihrer Vernunft zu beachten haben.

Das liberale Argument für Gedanken- und Redefreiheit stellt schließlich *nicht* darauf ab, dass ich sagen darf, was mir gefällt. Hier geht es nicht um die psychologische Entlastungsfunktion expressiver Kommunikation. Jedenfalls wäre dies ein grundlegendes (Selbst-)Missverständnis.

Das liberale Argument für Gedanken- und Redefreiheit stellt vielmehr darauf ab, dass andere sagen dürfen, was mir *nicht* gefällt. Dieses Argument setzt *epistemische Demut* (und soziale Anstandsregeln) voraus. Es fokussiert auf die individuelle sowie gesellschaftlich aggregierte Vorteilhaftigkeit produktiven Lernens durch konstruktive Kritik, die man zulassen und auf die man sich einlassen muss.

Insofern korrespondiert dem Recht auf freie Meinungsäußerung eine Zumutungspflicht: nämlich die Pflicht, den Mut zur eigenen Meinungsäußerung aufzubringen sowie – dies vor allem – die Pflicht, die Meinungsäußerungen anderer zu ermutigen und zu verteidigen, sie (trotz etwaiger subjektiv empfundener Zumutungen) tapfer zu ertragen und ihnen mit Aufgeschlossenheit zur sachlichen Auseinandersetzung zu begegnen.

Man versteht das liberale Argument für Gedanken- und Redefreiheit am besten, indem man es nicht als konkrete Parteinahme zugunsten einer bestimmten, vermeintlich „richtigen“ Meinung interpretiert, sondern stattdessen als eine Stellungnahme zugunsten der *Integrität eines sozialen Prozesses*, der darauf abzielt, gesellschaftliches Lernen zu befördern.

Sehr klar zum Ausdruck kommt diese prozessuale Dimension des liberalen Arguments in einer Formulierung, die immer wieder fälschlicherweise dem französischen Philosophen Voltaire zugeschrieben wird, obwohl sie von einer unter Pseudonym schreibenden Autorin erst im Jahr 1906 in die Welt gesetzt wurde. Die Formulierung lautet: „I disagree with what you say, but I will defend to the death your right to say it.“¹⁵ Oder in der von mir frei ins Deutsche übertragenen Fassung: „Ich bin mit Ihrer Meinung nicht

¹⁴ Mill (1859, 1977; S. 252 f.).

¹⁵ Die Originalquelle ist das Voltaire-Buch von Evelyn Beatrice Hall. Sie schrieb unter dem Pseudonym „Stephen G. Tallentyre“. Vgl. hierzu Tallentyre (1906; S. 199).

einverstanden, aber ich würde mein Leben einsetzen für Ihr Recht, diese Meinung äußern zu dürfen.“

((4)) Im nächsten Abschnitt geht es noch spezifischer um intellektuelle Pflichten bzw. um die Pflichten Intellektueller *zum* – sowie *beim* – öffentlichen Vernunftgebrauch, und zwar vor allem in Kriegszeiten.

3. Die Pflichten der Intellektuellen in Zeiten des Krieges

„Die Völker liegen einander in den Haaren, und jeden Tag leiden und sterben Ungezählte in furchtbaren Kämpfen.“ – Mit diesem Satz beginnt der 37jährige Hermann Hesse, der viele Jahre später (1946) mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnete Schriftsteller, seine am 3. November 1914 auf der Titelseite der Neuen Zürcher Zeitung abgedruckte Stellungnahme zu jenem militärischen Großkonflikt, der heute den Namen „Erster Weltkrieg“ trägt.¹⁶ Der mittlerweile mehr als hundert Jahre alte Text ist gegenwärtigen Zeitgenossen kaum noch bekannt – dies allerdings sehr zu Unrecht, wie sich sogleich zeigen wird. Denn Hesses Stellungnahme ist ausgesprochen aufschlussreich und sogar von grundlegender Bedeutung, wenn man sie vor dem aktuellen Hintergrund des Ukraine-Krieges liest – insbesondere im Hinblick auf die Frontlinien und Grabenkämpfe, die dieser Krieg in der bundesdeutschen Öffentlichkeit nach sich gezogen hat.

Deshalb gehe ich jetzt so vor, mit umfangreichen Zitaten Hesses Argumentationsgang nachzuzeichnen, bevor ich dann in einem zweiten Schritt die aktuelle Bedeutung seiner historischen Stellungnahme aus einer spezifisch ordonomischen Perspektive analysiere, um so auf die Frage zu sprechen zu kommen, was uns Hesse mit seinem Text heute noch zu sagen hat. Um es gleich vorwegzunehmen: Hesses Stellungnahme formuliert eine *Ethik für Intellektuelle in Zeiten des Krieges*. Die Aktualität (und Qualität) dieser Ethik ist daran zu ermessen, dass sie es auch heute noch vermag, uns Gegenwärtigen Stoff zum Denken und sogar normative Orientierung zu geben.

((1)) Gleich zu Beginn seines Textes nimmt Hesse eine Klarstellung vor, welche Perspektive er einzunehmen gedenkt:

„Ich bin Deutscher, und meine Sympathien gehören Deutschland, aber was ich sagen möchte, bezieht sich nicht auf Krieg und Politik, sondern auf die Stellung und Aufgaben der Neutralen. Damit meine ich nicht die politisch neutralen Völker, sondern all diejenigen, die als Forscher, Lehrer, Künstler, Literaten am Werk des Friedens und der Menschheit arbeiten.“

Hesse markiert seinen Standpunkt als den eines deutschen Intellektuellen, der allerdings nicht eine nationalpolitische, sondern stattdessen eine kosmopolitische Sicht der Dinge vertritt. Er will nicht die (Kriegs-)Interessen seines Vaterlandes, sondern vielmehr die (Friedens-)Interessen der Menschheit zum Maßstab seines Urteilens machen.

Den so gewählten Standpunkt grenzt Hesse von zwei möglichen Alternativen ab, die seiner Ansicht nach zeitgenössisch weit verbreitet sind.

- Die erste Alternative besteht für ihn darin, dass „Künstler und Gelehrte mit Protesten gegen kriegführende Mächte auf den Plan treten“. Von solch pazifistischen Aufrufen hält Hesse nichts. Sein Gegenargument lautet: „Als ob jetzt, wo die Welt

¹⁶ Vgl. Hesse (1914). Mit dem für diese Stellungnahme gewählten Titel „O Freunde, nicht diese Töne“ nimmt Hesse Bezug auf die Anfangszeile von Friedrich Schillers „Ode an die Freude“, der Textvorlage für Ludwig van Beethovens 9. Symphonie. – Der Neuen Zürcher Zeitung ist sehr herzlich für die Erlaubnis zu danken, den hier ausführlich, aber eben nur bruchstückhaft zitierten Text als *Anhang* zum vorliegenden Artikel im vollen Wortlaut wieder abdrucken zu dürfen.

in Brand steht, solche Worte vom Schreibtisch irgendeinen Wert hätten. Als ob ein Künstler oder Literat, und sei er der beste und berühmteste, in den Dingen des Krieges irgend etwas zu sagen hätte.“

- Die zweite Alternative besteht seiner Ansicht nach darin, dass Künstler und Gelehrte „am großen Geschehen teil[nehmen], indem sie den Krieg ins Studierzimmer tragen und am Schreibtisch blutige Schlachtgesänge verfassen oder Artikel, in denen der Hass zwischen den Völkern genährt und ingrimmig geschürt wird.“ Von solch bellizistischen Parteinahmen hält Hesse ebenfalls nichts. Sein Gegenargument lautet: „Jeder, der im Felde steht und täglich sein Leben wagt, habe das volle Recht zur Erbitterung und momentanem Zorn und Hass, und jeder aktive Politiker ebenso. Aber wir anderen, wir Dichter, Künstler, Journalisten – kann es unsere Aufgabe sein, das Schlimme zu verschlimmern, das Hässliche und Beweismenswerte zu vermehren?“

Hesse argumentiert, dass die Intellektuellen ihre genuine Gesellschaftsfunktion zum einen dann verfehlen, wenn sie – pazifistisch – dem Krieg Sand ins Getriebe streuen wollen, und dass sie sie zum anderen ebenfalls verfehlen, wenn sie – bellizistisch – Öl ins Feuer gießen und die Kriegsstimmung weiter anheizen.

Jenseits dieser beiden Alternativen bezieht Hesse seinen eigenen Standpunkt. Sein Motto lautet: *tertium datur*. Die von ihm in Anspruch genommene *dritte* Position weist das Charakteristikum auf, den Gedanken des Friedens auch in Kriegszeiten aufrecht zu erhalten. Hesse verbindet damit eine „Mahnung zu Gerechtigkeit, Mäßigung, Anstand, Menschenliebe“. Er hält es für die Pflicht der Intellektuellen, an der Menschheitsidee übernationaler Kooperation unbeirrt festzuhalten.

Zum besseren Verständnis arbeitet Hesse mit einer historischen Gegenüberstellung von Theodor Körner und Johann Wolfgang von Goethe. Goethe dient ihm als Vorbild, Körner als abzulehnendes Gegenmodell. Körner artikuliert Parteinahme: Er nimmt mit seinen patriotischen Vaterlandsliedern Stellung gegen den napoleonischen Kriegsfeind.¹⁷ Ganz anders Goethe. Hierzu schreibt Hesse:

¹⁷ Um nur ein Exempel zu geben. Körner ist berühmt für sein Kriegsgedicht „Lützows verwegene Jagd“ aus dem Jahr 1813. Es hat insgesamt sechs Strophen. Die ersten beiden lauten (Körner 1813):

„Was glänzt dort vom Walde im Sonnenschein,
Hör's näher und näher brausen;
Es zieht sich herunter in düsteren Reih'n
Und gellende Hörner, sie schmettern drein,
Und erfüllen die Seele mit Graußen.
Und wenn ihr die schwarzen Gesellen fragt:
Es ist Lützows wilde verwegene Jagd

Was streift dort rasch durch den finstern Wald,
Was jaget von Bergen zu Bergen.
Es legt sich in nächtlichen Hinterhalt,
Das Hurrah jauchzet. Die Büchse knallt.
Es stürzen die fränkischen Schergen.
Und wenn ihr die schwarzen Jäger fragt:
Es ist Lützows wilde verwegene Jagd.“

Alternativ hätte Hermann Hesse auch auf Heinrich von Kleist verweisen können, insbesondere auf dessen vielstrophige – und extrem kriegslüsterne – Ode „Germania und ihre Kinder“, die bereits vor 1810 verfasst wurde. Vgl. Kleist (1977; S. 25-27). Hier ist eine kleine Kostprobe:

„Goethe war nie ein schlechter Patriot, obwohl er Anno 1813 keine Nationallieder gedichtet hat. Aber über die Freude am Deutschtum, das er kannte und liebte wie nur einer, ging ihm die Freude am Menschentum. Er war ein Bürger und Patriot in der internationalen Welt des Gedankens, der inneren Freiheit, des intellektuellen Gewissens, und er stand in den Augenblicken seines besten Denkens so hoch, dass ihm die Geschicke der Völker nicht mehr in ihrer Einzelgewichtigkeit, sondern nur noch als untergeordnete Bewegungen des Ganzen erschienen.“

Hesse preist Goethe als Vorbild – mit folgender Begründung:

Diejenigen, die „am übernationalen Bau der menschlichen Kultur tätig gewesen sind und jetzt plötzlich den Krieg ins Reich des Geistes hinübertragen wollen, die begehen ein Unrecht und einen großen Denkfehler. Sie haben so lange der Menschheit gedient und an das Vorhandensein einer übernationalen Menschheitsidee geglaubt, als dieser Idee kein grobes Geschehen widersprach, als es bequem und selbstverständlich war, so zu denken und zu tun. Jetzt, wo es zur Arbeit, zur Gefahr, zum Sein oder Nichtsein wird, an jener größten aller Ideen festzuhalten, jetzt kneifen sie aus und singen den Ton, den der Nachbar gerne hört.“

Hesse diagnostiziert ein moralisches Versagen („Unrecht“) sowie ein spezifisch kognitives Versagen („Denkfehler“). Das moralische Versagen besteht für ihn darin, dass die Intellektuellen ihrer eigenen Idee gewissermaßen untreu werden, so als handelte es sich um eine Schönwetterideologie, von der man sich beim ersten Anzeichen eines Sturms verabschiedet. Über das kognitive Versagen gibt Hesse folgende Auskunft:

Er beobachtet „betäubende Zeichen einer unheilvollen Verwirrung des Denkens ... Wir hören von Aufhebung der deutschen Patente in Russland, von einem Boykott deutscher Musik in Frankreich, von einem ebensolchen Boykott gegen geistige Werke feindlicher Völker in Deutschland. Es sollen in sehr vielen deutschen Blättern künftig Werke von Engländern, Franzosen, Russen, Japanern nicht mehr übersetzt, nicht mehr anerkannt, nicht mehr kritisiert werden. Das ist kein Gerücht, sondern Tatsache und schon in die Praxis getreten.“

Hesse weitet diesen Gedanken mit rhetorischen Fragen aus:

„Gewinnt Frankreich etwas, wenn alle Künstler der Welt gegen die Gefährdung eines schönen Bauwerkes protestieren? Gewinnt Deutschland etwas, wenn es keine englischen und französischen Bücher mehr liest? Wird irgend etwas in der Welt besser, gesünder, richtiger, wenn ein französischer Schriftsteller den Feind mit gemeinen Schimpfworten bewirft und das Heer zu tierischer Wut aufzustacheln sucht?“

Hesse lässt dies in folgende Einschätzung münden:

„Alle diese Äußerungen, vom frech erfundenen »Gerücht« bis zum Hetzartikel, vom Boykott »feindlicher« Kunst bis zum Schmähwort gegen ganze Völker, beruhen auf einem Mangel des Denkens, auf einer geistigen Bequemlichkeit, die man jedem kämpfenden Soldaten ohne weiteres zugute hält, die aber einem besonnenen Arbeiter oder Künstler schlecht ansteht.“

„So verlasst, voran der Kaiser,
Eure Hütten, eure Häuser;
Schäumt, ein uferloses Meer,
Über diese Franken her!

Alle Plätze, Trift' und Stätten,
Färbt mit ihren Knochen weiß;
Welchen Rab und Fuchs verschmähten,
Gebet ihn den Fischen preis;
Dämmt den Rhein mit ihren Leichen;
Lasst, gestäuft von ihrem Bein,
Schäumend um die Pfalz ihn weichen,
Und ihn dann die Grenze sein!“

Für eine differenzierende Gesamteinschätzung zu Kleists Werken vgl. die Münchener Poetik-Vorlesungen von Reiner Kunze, insbesondere seinen Essay „Die Souveränität des Kunstwerks“, Kunze (1989; S. 9-39).

Vor diesem Hintergrund präzisiert Hesse sein Argument wie folgt:

„Wohlverstanden, dies geht nicht gegen die vaterländische Gesinnung und die Liebe zum eigenen Volkstum. Ich bin der letzte, der in dieser Zeit sein Vaterland verleugnen möchte, und es würde mir nicht einfallen, einen Soldaten vom Erfüllen seiner Pflicht abzuhalten. Da man jetzt einmal am Schießen ist, soll geschossen werden – aber nicht des Schießens und der verabscheuungswürdigen Feinde wegen, sondern um so bald wie möglich eine bessere, höhere Arbeit wiederaufzunehmen! Es wird jetzt jeden Tag viel von dem vernichtet, wofür alle Gutgesinnten unter den Künstlern, Gelehrten, Reisenden, Übersetzern, Journalisten aller Länder sich ihr Leben lang bemühten. Das ist nicht zu ändern. Töricht und falsch aber ist es von jedem, der je eine einzige helle Stunde lang an die Idee der Menschheit, an eine internationale Wissenschaft, eine nicht national beschränkte Schönheit in der Kunst geglaubt hat, wenn er jetzt, über das Ungeheure erschrocken, die Fahne wegwirft und sein Bestes mit in den allgemeinen Ruin schmeißt.“

Vor diesem Hintergrund formuliert Hesse wiederum eine Reihe rhetorischer Fragen, die er schließlich in ein Urteil münden lässt:

„Soll es denn dazu kommen, dass Mut dazugehört für einen Deutschen, ein gutes englisches Buch besser zu finden als ein schlechtes deutsches? Soll der Geist unserer Kriegführenden selber, der den feindlichen Gefangenen schont und erhält, den Geist unserer Denker beschämen, der den Feind auch da, wo er friedlich ist und Gutes bringt, nicht mehr anerkennen und schätzen will? Was sollte da nach dem Kriege werden, in jener Zeit, vor der wir alle schon ein wenig bangen, wo Reisen und geistiger Austausch zwischen den Völkern darniederliegen werden? Und wer soll dazu beitragen und daran arbeiten, dass es wieder anders wird, dass man sich wieder versteht, wieder anerkennt, wieder voneinander lernt – wer soll das tun, wenn nicht wir, die wir am Schreibtisch sitzen und unsere Brüder im Felde stehen wissen? Ehre jedem, der mitkämpft, mit Blut und Leben, auf dem Schlachtfeld unter den Granaten! Uns ändern, die es mit der Heimat gut meinen und an der Zukunft nicht verzweifeln wollen, uns ist die Aufgabe geworden, ein Stück Frieden zu erhalten, Brücken zu schlagen, Wege zu suchen, aber nicht mit dreinzuhauen (mit der Feder!) und die Fundamente für die Zukunft Europas noch mehr zu erschüttern.“

Hesses Schlussüberlegung lautet wie folgt:

„Noch ein Wort für jene vielen, die man unter diesem Krieg verzweifelt leiden sieht und denen jede Kultur, jede Menschlichkeit dadurch vernichtet scheint, dass jetzt Krieg ist. Krieg war immer, seit wir von Menschengeschicken wissen, und es waren keine Gründe für den Glauben da, er sei nun abgeschafft. Es war lediglich die Gewohnheit langen Friedens, die uns das vortäuschte. Krieg wird so lange sein, als die Mehrzahl der Menschen noch nicht in jenem Goetheschen Reich des Geistes mitleben kann. Krieg wird noch lange sein, er wird vielleicht immer sein. Dennoch ist die Überwindung des Krieges nach wie vor unser edelstes Ziel und die letzte Konsequenz abendländisch-christlicher Gesittung. Der Forscher, der das Mittel gegen eine Seuche sucht, wird seine Arbeit nicht wegwerfen, wenn eine neue Epidemie ihn überrascht. Noch viel weniger wird »Friede auf Erden« und Freundschaft unter den Menschen, die eines guten Willens sind, jemals aufhören, unser höchstes Ideal zu sein. Menschliche Kultur entsteht durch die Veredelung tierischer Triebe in geistige, durch Scham, durch Phantasie, durch Erkenntnis. Dass das Leben wert sei, gelebt zu werden, ist der letzte Inhalt und Trost jeder Kunst, obgleich alle Lobpreiser des Lebens noch haben sterben müssen. Dass Liebe höher sei als Hass, Verständnis höher als Zorn, Friede edler als Krieg, das muss ja eben dieser unselige Weltkrieg uns tiefer einbrennen, als wir es je gefühlt. Wo wäre sonst sein Nutzen?“

((2)) Rekonstruiert man diesen eindrucksvollen Beitrag aus ordonomischer Sicht, dann sind zwei Punkte hervorzuheben.

Erstens beeindruckt Hesses Bemühen um eine orthogonale Positionierung zur Frontstellung der damaligen Debatte: der Frontstellung zwischen Pazifisten und Bellizisten. Die eine Seite will den Krieg am liebsten gar nicht führen (lassen) und ruft mitten in den Kampfhandlungen dazu auf, die Waffen niederzulegen. Die andere Seite will den Krieg aus vaterländischer Loyalität und Solidarität mit aller Gewalt möglichst siegreich führen (lassen).

Wichtig ist, dass Hesse sich weder auf die eine noch auf die andere Seite schlägt. Er verweigert die Parteinahme zum zeitgenössischen Diskurs – und verweist stattdessen auf

eine dritte Position, die er im direkten Vergleich zu den Positionen der Pazifisten und Bellizisten für überlegen hält, weil sie deren (falschen) Gegensatz transzendiert.

Die Art und Weise, wie Hesse sich über die im zeitgenössischen Diskurs vorfindliche Dichotom(an)ie hinwegsetzt und seine ganz eigene Position markiert, steht voll in der Tradition Immanuel Kants, weil Hesse darauf insistiert, dass es für die Intellektuellen darauf ankommt, welchen *öffentlichen Gebrauch* sie von ihrer Vernunft machen. Ordonomisch rekonstruiert lenkt Hesse damit die Aufmerksamkeit vom Basisspiel der konkreten Kampfhandlungen auf das Meta-Metaspiele – nicht des Krieges, sondern des – *Kriegsdiskurses*.

Zweitens verbindet Hesse mit diesem Ebenenwechsel dann die inhaltliche Stellungnahme, eine intellektuelle Pflicht einzufordern. Diese besteht aus seiner Sicht darin, die Erinnerung an die friedensstiftende Idee einer kosmopolitischen Weltkulturordnung wach und aufrechtzuhalten, die darauf abzielt, künstlerische, wissenschaftliche, aber auch wirtschaftliche Produkte und Leistungen über Nationalgrenzen hinweg auszutauschen, um sich – im materiellen wie im immateriellen Sinne – *wechselseitig* zu bereichern. Ihm geht es darum, dem reinen Antagonismus der nationalen Kriegshandlungen als Korrektiv die Idee einer inter-nationalen Kooperation entgegenzusetzen. Man kann es auch so sagen: Über den aktuellen Kampfhandlungen soll nicht in Vergessenheit geraten, dass es letztlich darum geht, wieder Frieden herzustellen und die derzeit unterbrochene Kooperation wieder aufzunehmen. Hesse geht es um den Gedanken, dass aus aktuellen Kriegsgegnern so schnell wie möglich dereinst wieder Friedenspartner werden (sollen). Sein ethisches Credo lautet, dass die moralische Pflicht des Intellektuellen in Kriegszeiten darin besteht, sich mit dem Status quo eines kriegerischen Konflikts nicht zufrieden oder sich ihm gar anheim zu geben. Kurz gesagt geht es Hesse darum, dass Intellektuelle insbesondere in Kriegszeiten *Diskursverantwortung* übernehmen sollen, indem sie aktiv und öffentlich dazu beitragen, die krisenbedingt verdunkelte Vision einer Friedensordnung mit Aufklärungsbeiträgen aufrechtzuerhalten und aufzuhellen.

Dies liegt ganz auf der ordonomischen Argumentationslinie, dass Konkurrenzprozesse – und mithin auch Kriegsdrohung und Kriegsführung als Extremformen der Konkurrenz – nur als Instrumente gesellschaftlicher Kooperation gerechtfertigt sind und dass man deshalb Konkurrenz niemals als Selbstzweck betrachten darf. Hinzu kommt, dass es keinen einsichtigen Grund gibt, sich mit dysfunktionalen Konkurrenzprozessen fatalistisch abzufinden. Die ordnungsethische bzw. ordnungspolitische Governance-Lektion lautet: Reformen dysfunktionaler Konkurrenzprozesse sind stets möglich, weil Anreiz-Probleme, die von Menschen gemacht werden, auch von Menschen gelöst werden können.

Das Nachdenken über moralische Anliegen und ihre Verwirklichungschancen steht vor der grundlegenden Alternative, das Verhältnis zwischen Kooperation und Konkurrenz – gewissermaßen sozialdarwinistisch – von der Konkurrenz her oder aber umgekehrt – als possibilistische Implementationsheuristik – von der Kooperation her aufzuschlüsseln. Wählt man die erste Alternative, landet man schnell beim Freund-Feind-Denken und der zugehörigen Annahme eines Nullsummenspiels (Win-Lose). Wählt man hingegen die zweite Alternative, dann hält man nach realistischen Möglichkeiten Ausschau, Prozesse wechselseitiger Besserstellung zu institutionalisieren. Die ordonomische Pointe dieser Theoriefolgenabschätzung lautet: Beide Alternativen haben eine Tendenz, gesellschaftliche Akteure in Versuchung zu bringen, sich das jeweilige Mindset auch im Handeln zu

eigen zu machen. Oder metaphorisch ausgedrückt: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus. Hier gibt es einen Trend sich selbst erfüllender Prognosen.

((3)) Damit stellt sich nun die Frage, was all dies konkret für den aktuellen Diskurs um den Ukraine-Konflikt bedeutet. Wie sieht eine vorbildliche Pflichterfüllung aus? Und wie sehen demgegenüber Beispiele eklatanter Pflichtverletzung aus? Diesen beiden Fragen sind die folgenden Abschnitte gewidmet.

4. Öffentlicher Vernunftgebrauch: Beispiele mustergültiger Pflichterfüllung

Bevor ich auf die spezifisch deutsche Diskussion über den Ukraine-Krieg eingehe, will ich noch kurz drei internationale Beispiele für intellektuelle Diskursverantwortung skizzieren. Das erste betrifft David Hume, das zweite Walter Lippmann, das dritte John J. Mearsheimer.

((1)) Adam Smith und der 12 Jahre ältere David Hume waren eng befreundet. Heutzutage gilt der erstere als Ökonom, als Klassiker der „Political Economy“, der zweite als Philosoph, als Klassiker der Moral- und Erkenntnistheorie. Eine solche Schubladisierung unterschätzt dramatisch den philosophischen Tiefgang von Adam Smith, der mit Humes Arbeiten intim vertraut war und hierauf – durchaus kritisch – aufbauen konnte. Aber sie unterschätzt ebenso dramatisch den ökonomischen und politischen Tiefgang von David Hume, der eben auch Historiker und Gesellschaftstheoretiker war.

Um nur ein Beispiel zu geben, wie *ökonomisch* David Hume als *Philosoph* zu denken im Stande war: Mitten im Siebenjährigen Krieg – wahrscheinlich um die Jahreswende 1759/1760 – nimmt er Stellung zum damaligen Erzfeind und aktuellen Kriegsgegner Frankreich. Hume wäre es ein Leichtes gewesen, seinen Zeitgenossen und insbesondere seiner Regierung in Großbritannien beizupflichten und in den Chor derer einzustimmen, die lautstark und hasserfüllt ihrer Frankophobie Ausdruck verleihen. Doch Hume entscheidet sich anders. Er wählt den schweren Weg – nämlich den eines Denkanstoßes, der von seinen Landsleuten damals zweifellos als anstößig, und zwar als moralisch anstößig, empfunden wurde. Aber genau das ist der Grund, warum sich Hume heute noch mit Gewinn als Klassiker lesen lässt – und warum gegenwärtige Zeitgenossen immer noch von ihm lernen können, zumal bei ihm Ethik und Ökonomik auf ganz vorbildliche Weise Hand in Hand gingen. Worin besteht nun sein Denkanstoß? Er besteht darin, *gegen* die populären – auf Schwächung der Gegner zielenden und hier insbesondere Frankreich ins Visier nehmenden – Kriegsmaßnahmen Großbritanniens Stellung zu beziehen. Hierzu liest man bei Hume:

„Sollte unsere engstirnige und bösertige Politik Erfolg haben, würden wir alle unsere Nachbarländer auf den gleichen Zustand wirtschaftlichen Stillstands und mangelhafter Kenntnisse reduzieren, der in MAROKKO und an der Küste der BARBARESKENSTAATEN herrscht. Aber was wäre die Konsequenz? Sie könnten uns keine Waren mehr schicken. Sie könnten uns keine Waren mehr abnehmen: Unser eigener Binnenhandel würde mangels Vorbild, Anleitung und Nachahmung dahinsiechen: Und wir selbst würden bald in den gleichen erbärmlichen Zustand fallen, auf den wir die Nachbarn reduziert haben. Ich wage daher öffentlich zu bekennen, dass ich nicht nur als Mensch, sondern auch als britischer Staatsbürger für den florierenden Handel DEUTSCHLANDS, SPANIENS, ITALIENS und sogar FRANKREICHS selbst bete. Ich bin mir zumindest sicher, dass GROSSBRITANNIEN und all diese Nationen mehr gedeihen würden, wenn ihre Könige und Minister sich solchermaßen mit erweitertem Denkhorizont und entsprechendem Wohlwollen begegnen würden.“¹⁸

¹⁸ Hume (1742, 1987; Part II, Essay VI, S. 331, H.i.O.), freie Übertragung durch I.P.

Hume nimmt es also in Kauf, seine Landsleute buchstäblich vor den Kopf zu stoßen, um sie darauf hinzuweisen, dass man mit vernünftiger Klugheit anstreben sollte, aus gegenseitigen Kriegsgegnern wieder friedliche Nachbarn zu machen, die sich nicht wechselseitig schädigen (Lose-Lose). Er vertritt die Auffassung, dass die Nachbarstaaten als Handelspartner mit gemeinsamen Interessen darum bemüht sein sollten, einen Prozess mutualistischer Vorteilsgewährung (Win-Win) in Gang zu setzen und in Gang zu halten.

Nimmt man Hermann Hesses intellektuelle Ethik zum Maßstab, dann hat man es bei David Humes öffentlichem Vernunftgebrauch mit einer vorbildlichen Pflichterfüllung zu tun: mit einer buchstäblichen „Aufklärung“, die Licht ins Dunkel bringt, indem sie mitten im Krieg eine intellektuelle Friedenskerze anzündet.

((2)) 1946 bittet das US-Finanzministerium den Russlandexperten George F. Kennan um seine Einschätzung, warum die Sowjetunion, bis vor kurzem noch Kriegsalliierte der USA, sich beharrlich weigert, die gerade neu gegründete Weltbank zu unterstützen. Als Antwort verfasst Kennan sein berühmt gewordenes (über 5.000 Wörter langes) Geheim-Telegramm.¹⁹ Hierauf aufbauend schreibt er unter dem Pseudonym „X“ einen Artikel, der im Juli 1947 in *Foreign Affairs* publiziert wird und intellektuell die Weichen für die Containment-Politik der USA im Kontext der Truman-Doktrin stellt.²⁰

Als direkte Kritik hierauf veröffentlicht Walter Lippmann in der *New York Herald Tribune* eine am 2. September 1947 beginnende Artikel-Serie von insgesamt 14 Kolumnen, die noch im selben Jahr in einer Buchfassung erscheinen. Eine stark gekürzte Fassung dieser Artikelserie wird später in *Foreign Affairs* unter dem Titel „The Cold War“ abgedruckt. Aus ihr wird im Folgenden zitiert.²¹

Es geht mir im weiteren Verlauf meiner Ausführungen nicht darum, den – in der einschlägigen Sekundärliteratur ausgiebig diskutierten – Fragen nachzugehen, ob bzw. wie stark George F. Kennan die Truman-Doktrin beeinflusst hat oder ob Lippmann die Truman-Doktrin bzw. den Kennan-Artikel zutreffend interpretiert und kritisiert hat. Mir geht es lediglich um das Mindset, mit dem Lippmann hier öffentlich Stellung gegen die offizielle Außenpolitik der USA nimmt – also als „public intellectual“ gleichsam gegen den Strom schwimmt.

Lippmann beginnt seine Auseinandersetzung mit einer kritischen Anfrage:

„In Mr. X's estimates there are no reserves for a rainy day. There is no margin of safety for bad luck, bad management, error and the unforeseen. He asks us to assume that the Soviet power is already decaying. He exhorts us to believe that our own highest hopes for ourselves will soon have been realized. Yet the policy he recommends is designed to deal effectively with the Soviet Union »as a rival, not a partner, in the political arena.« Do we dare to assume, as we enter the arena and get set to run the race, that the Soviet Union will break its leg while the United States grows a pair of wings to speed it on its way?“²²

Er kritisiert, dass Mr. X im Hinblick auf die Sowjetunion eine übertrieben negative und im Hinblick auf die USA eine übertrieben positive Einschätzung vertritt. Lippmann sieht hier zwei sich wechselseitig verstärkende Ausprägungen von Wunschdenken am Werk: „a case of bolstering up the wishful thinking of »hoping for the best« – namely, the collapse of the Soviet power – by an extra strong dose of wishful thinking about the United States.“²³

¹⁹ Mittlerweile sind die Archive geöffnet, das Telegramm also öffentlich zugänglich. Vgl. Kennan (1946).

²⁰ Vgl. X (1947).

²¹ Vgl. Lippmann (1947, 1986-1987).

²² Lippmann (1947, 1986-1987; S. 871).

²³ Lippmann (1947, 1986-1987; S. 870).

Hierauf aufbauend nimmt Lippmann eine *interne Kritik* vor: Er zieht in Zweifel, dass die skizzierte Containment-Politik sich mit dem Selbstverständnis der USA verträgt, als internationale Führungsmacht zu agieren, weil sie die Initiative letztlich der Sowjetunion überantwortet, die mit ihren Aktionen bestimmen kann, wo die USA mit Containment-Maßnahmen zu reagieren haben. Hierzu liest man:

„[I]f history has indeed intended us to bear the responsibility of leadership, then it is not leadership to adapt ourselves to the shifts and maneuvers of Soviet policy at a series of constantly shifting geographical and political points. For that would mean for ten or fifteen years Moscow, not Washington, would define the issues, would make the challenges, would select the ground where the conflict was to be waged, and would choose the weapons. And the best that Mr. X can say for his own proposal is that if for a long period of time we can prevent the Soviet power from winning, the Soviet power will eventually perish or »mellow« because it has been »frustrated.«²⁴

Lippmann vertritt die These, dass es gerade die Stärken des westlichen Systems sind, die sich mit einer konsequenten Containment-Politik nicht vereinbaren lassen.²⁵ Erstens könne der demokratische Parlamentarismus oft nicht schnell genug oder nicht stark genug reagieren, mit der Folge, dass die eigenen Reaktionen stets Gefahr liefen, als *too little, too late* unzureichend zu sein, um einer entschlossenen Diktatur Einhalt zu gebieten.²⁶ Zweitens sei die in den USA praktizierte Marktwirtschaft nicht geeignet, jenen Dirigismus zu erlauben oder zu vertragen, den die angestrebte Containment-Politik voraussetze. Dies betreffe vor allem den Einsatz von Wirtschaftssanktionen, also das nach außenpolitischen Vorgaben erfolgende Hinauf- und Hinunterschrauben von Exporten und Importen.²⁷

Auf dieser Grundlage formuliert Lippmann eine radikale (interne!) Kritik, die darauf abstellt, dass die Containment-Politik ungeeignet sei, die explizit selbst ausgewiesenen Ziele zu erreichen. Hierzu liest man:

„Mr. X is surely mistaken, it seems to me, if he thinks that a free and undirected economy like our own can be used by the diplomatic planners to wage a diplomatic war against a planned economy at a series of constantly shifting geographical and political points. He is proposing to meet the Soviet challenge on the ground which is most favorable to the Soviets, and with the very instruments, procedures, and weapons in which they have a manifest superiority.“²⁸

²⁴ Lippmann (1947, 1986-1987; S. 871).

²⁵ Lippmann (1947, 1986-1987; S. 872): „Now the strength of the western world is great, and we may assume that its resourcefulness is considerable. Nevertheless, there are weighty reasons for thinking that the kind of strength we have and the kind of resourcefulness we are capable of showing are peculiarly unsuited to operating a policy of containment.“

²⁶ Lippmann (1947, 1986-1987; S. 872) schreibt mit Blick auf Mr. X: „Is he going to ask Congress for a blank check on the Treasury and for a blank authorization to use the armed forces? Not if the American constitutional system is to be maintained. Or is he going to ask for an appropriation and for authority each time the Russians »show signs of encroaching upon the interests of a peaceful and stable world«? If that is his plan for dealing with the maneuvers of a dictatorship, he is going to arrive at the points of encroachment with too little and he is going to arrive too late. The Russians, if they intend to encroach, will have encroached while Congress is getting ready to hold hearings.“

²⁷ Lippmann (1947, 1986-1987; S. 872): „A policy of shifts and maneuvers may be suited to the Soviet system of government, which, as Mr. X tells us, is animated by patient persistence. It is not suited to the American system of government. It is even more unsuited to the American economy which is unregimented and uncontrolled, and therefore cannot be administered according to a plan. Yet a policy of containment cannot be operated unless the Department of State can plan and direct exports and imports.“

²⁸ Lippmann (1947, 1986-1987; S. 873). An dieser Stelle sei nur kurz – gewissermaßen der Fairness halber – darauf verwiesen, dass diese Kritik mit den Intentionen Kennans durchaus konform geht. Der Schlusssatz des langen Geheim-Telegramms (Kennan 1946), das Lippmann damals freilich noch nicht bekannt sein konnte, lautete wie folgt: „After all, the greatest danger that can befall us in coping with this problem of Soviet communism, is that we shall allow ourselves to become like those with whom we are coping.“

Lippmann verweist auch auf rein militärische Schwierigkeiten, die sich mit einer konsequenten Containment-Politik verbinden würden.

„American military power is peculiarly unsuited to a policy of containment which has to be enforced persistently and patiently for an indefinite period of time. If the Soviet Union were an island like Japan, such a policy could be enforced by American sea and air power. The United States could, without great difficulty, impose a blockade. But the Soviet Union has to be contained on land, and »holding the line« is therefore a form of trench warfare. ... American military power is distinguished by its mobility, its speed, its range and its offensive striking force. It is, therefore, not an efficient instrument for a diplomatic policy of containment. It can only be the instrument of a policy which has as its objective a decision and a settlement. It can and should be used to redress the balance of power which has been upset by the war. But it is not designed for, or adapted to, a strategy of containing, waiting, countering, blocking, with no more specific objective than the eventual »frustration« of the opponent.“²⁹

Ein weiteres Bedenken betrifft die Frage, ob es ratsam sein könnte, bestimmte Nachbarstaaten Russlands als Bollwerk zu nutzen. Hierzu schreibt Lippmann:

„There is still greater disadvantage in a policy which seeks to »contain« the Soviet Union by attempting to make »unassailable barriers« out of the surrounding border states. They are admittedly weak. Now a weak ally is not an asset. It is a liability. It requires the diversion of power, money, and prestige to support it and to maintain it. These weak states are vulnerable. Yet the effort to defend them brings us no nearer to a decision or to a settlement of the main conflict.“³⁰

Lippmann kritisiert eine falsche Prioritätensetzung:

„By concentrating our efforts on a diplomatic war in the borderlands of the Soviet Union, we have neglected – because we do not have unlimited power, resources, influence, and diplomatic brain power – the vital interests of our natural allies in western Europe, notably in reconstructing their economic life and in promoting a German settlement on which they can agree.“³¹

Auf dieser Kritik aufbauend skizziert er eine Folgenabschätzung für die europäische Situationswahrnehmung, die der Containment-Politik ein denkbar ungünstiges Zeugnis aus-schreibt:

„The threat of a Russian-American war, arising out of the conflict in the borderlands, is dissolving the natural alliance of the Atlantic community. For the British, the French, and all the other Europeans see that they are placed between the hammer and the anvil. They realize, even if we do not realize it, that the policy of containment, in the hope that the Soviet power will collapse by frustration, cannot be enforced and cannot be administered successfully, and that it must fail. Either Russia will burst through the barriers which are supposed to contain her, and all of Europe will be at her mercy, or at some point and at some time, the diplomatic war will become a full-scale shooting war. In either event Europe is lost. Either Europe falls under the domination of Russia, or Europe becomes the battlefield of a Russian-American war.“³²

Nach dieser radikalen Kritik wendet sich Lippmann der Frage zu, wie relevante Alternativen aussehen können. Er identifiziert zwei alternative Optionen zur Truman-Doktrin des Containment:

„Fortunately, it seems to me, the Truman Doctrine does not have a monopoly. Though it is a powerful contender for the control of our foreign policy, there are at least two serious competitors in the field. One we may call the Marshall line, and the other is the American commitment to support the United Nations.“³³

Zur ersten Option: Was Lippmann hier als die Linie des US-Außenministers George C. Marshall ausmacht, ist dadurch gekennzeichnet, in den chinesischen Bürgerkrieg *nicht* aktiv einzugreifen und im Hinblick auf Europa nicht amerikanische Blaupausenpläne zu

²⁹ Lippmann (1947, 1986-1987; S. 874 f.).

³⁰ Lippmann (1947, 1986-1987; S. 875).

³¹ Lippmann (1947, 1986-1987; S. 877).

³² Lippmann (1947, 1986-1987; S. 877).

³³ Lippmann (1947, 1986-1987; S. 878).

dekretieren, sondern stattdessen auf Kräfte zur dezentralen Selbstorganisation zu setzen.³⁴ Über den Unterschied zur Truman-Doktrin liest man:

„The difference is fundamental. The Truman Doctrine treats those who are supposed to benefit by it as dependencies of the United States, as instruments of the American policy for »containing« Russia. The Marshall speech at Harvard treats the European governments as independent powers, whom we must help but cannot presume to govern, or to use as instruments of an American policy.“³⁵

Zur zweiten Option: Sie besteht Lippmann zufolge darin, die Vereinten Nationen zu stärken und auf Diplomatie zu setzen. Lippmann führt dies argumentativ aus. Sein Gedankengang besteht aus fünf Schritten.

Erster Schritt: Zunächst wiederholt er, wo aus seiner Sicht der konzeptionelle Zentralfehler der Containment-Politik liegt:

„At the root of Mr. X's philosophy about Russian-American relations and underlying all the ideas of the Truman Doctrine there is a disbelief in the possibility of a settlement of the issues raised by this war. Having observed, I believe quite correctly, that we cannot expect »to enjoy political intimacy with the Soviet regime,« and that we must »regard the Soviet Union as a rival, not a partner in the political arena,« and that »there can be no appeal to common purposes,« Mr. X has reached the conclusion that all we can do is to »contain« Russia until Russia changes, ceases to be our rival, and becomes our partner.

The conclusion is, it seems to me, quite unwarranted.“³⁶

Direkt im Anschluss daran formuliert Lippmann in einem zweiten Schritt einen Gedanken, der so wichtig ist, dass schon er allein – bei rein isolierter Betrachtung – die Lektüre des Beitrags mehr als lohnend machen würde. Dies gilt insbesondere in einer verkehrt anmutenden Welt wie der zeitgenössischen, in der hochrangige Militärs nach Friedensverhandlungen rufen, während hochrangige Außenpolitiker einen Abgesang auf die Diplomatie anstimmen. Die Formulierung, mit der Walter Lippmann es verdient hätte, als *Klassiker der Außenpolitik* anerkannt – und dies vor allem: als solcher *gelesen und beachtet* – zu werden, lautet wie folgt:

„The history of diplomacy is the history of relations among rival powers, which did not enjoy political intimacy and did not respond to appeals to common purposes. Nevertheless, there have been settlements. Some of them did not last very long. Some of them did. *For a diplomat to think that rival and unfriendly powers cannot be brought to a settlement is to forget what diplomacy is all about. There would be little for diplomats to do if the world consisted of partners, enjoying political intimacy, and responding to common appeals.*“³⁷

In einem dritten Schritt führt Lippmann dies weiter aus. Er skizziert, wie er sich ein Gleichgewicht der Kräfte vorstellt, das zum Frieden führt und ihn auf Dauer stellt.

„The method by which diplomacy deals with a world where there are rival powers is to organize a balance of power which deprives the rivals, however lacking in intimacy and however unresponsive to common appeals, of a good prospect of successful aggression. *That is what a diplomat means by the settlement of a conflict among rival powers. He does not mean that they will cease to be rivals. He does not mean that they will all be converted to thinking and wanting the same things. He means that, whatever they think, whatever they want, whatever their ideological purposes, the balance of power is such that they cannot afford to commit aggression.*“³⁸

Vierter Schritt: Vor diesem Hintergrund empfiehlt Lippmann, den militärischen Konflikt in Europa einzufrieren. Anstatt mit einer aggressiven Obstruktionspolitik sollen die USA der Sowjetunion mit einer verlässlichen, transparenten, berechenbaren, Überraschungen

³⁴ Vgl. Lippmann (1947, 1986-1987; S. 878-882).

³⁵ Lippmann (1947, 1986-1987; S. 880).

³⁶ Lippmann (1947, 1986-1987; S. 882).

³⁷ Lippmann (1947, 1986-1987; S. 882, Hervorhebungen durch I.P.).

³⁸ Lippmann (1947, 1986-1987; S. 882 f., Hervorhebungen durch I.P.).

vermeidenden Friedenspolitik begegnen, die die Interessen der europäischen Partnerstaaten wahrt. Bis zum Abzug russischer und amerikanischer Truppen aus Europa sollen die USA folgende Interimslösung anstreben:

„Until a settlement which results in withdrawal is reached, the Red Army at the center of Europe will control eastern Europe and will threaten western Europe. In those circumstances American power must be available, not to »contain« the Russians at scattered points, but to hold the whole Russian military machine in check, and to exert a mounting pressure in support of a diplomatic policy which has as its concrete objective a settlement that means withdrawal.“³⁹

Hierfür liefert er abschließend in einem fünften Schritt folgende Begründung:

„Then we shall know what we are trying to do. The Russians will know it. Europe will know it. We shall be trying to do a great thing which is simple and necessary: to settle the main actual consequences of this particular war, to put an end to the abnormal situation where Europe, one of the chief centers of civilization, though liberated from the Nazis, is still occupied by its non-European liberators.

We shall be addressing ourselves to an objective to which our own power is suited-be it in diplomacy or in war. We shall be seeking an end that all men can understand, and one which expresses faithfully our oldest and best tradition – to be the friend and the champion of nations seeking independence and an end to the rule of alien powers.“⁴⁰

Nimmt man Hermann Hesses intellektuelle Ethik zum Maßstab, dann hat man es bei Walter Lippmanns öffentlichem Vernunftgebrauch mit einer vorbildlichen Pflichterfüllung zu tun: Hier schwimmt ein Intellektueller gegen den zeitgenössischen Strom und trägt dazu bei, statt Kampfhandlungen die demokratische Waffe der Diplomatie ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Das ist Diskursverantwortung *par excellence*.

((3)) Der mittlerweile 75 Jahre alte John J. Mearsheimer ist seit 1982 Professor an der politikwissenschaftlichen Fakultät der University of Chicago. Sein 2001 veröffentlichtes Hauptwerk trägt den Titel „The Tragedy of Great Power Politics“.⁴¹ Dort begründet er seinen Denkansatz eines „offensive realism“, mit dem er zu einem bedeutenden Klassiker der Theorie internationaler Beziehungen avanciert.

Mit seinem 2018 erschienen Buch „The Great Delusion“ positioniert er sich gegen den außenpolitischen Mainstream, der unter dem missverständlichen Banner einer als „liberal“ etikettierten Denkschule nicht nur die USA, sondern den Westen ganz allgemein dominiert – in Theorie *und* Praxis. Mearsheimers zentrale Botschaft lautet: „Contrary to the prevailing wisdom in the West, a liberal foreign policy is not a formula for cooperation and peace but for instability and conflict.“⁴²

Besonderes Aufsehen in der breiteren Öffentlichkeit hat Mearsheimer im Jahr 2014 erregt, als er die für den Mainstream unangenehme These vertrat, der Westen trage eine Mitschuld oder sogar die Hauptschuld an der damals akuten Ukraine-Krise.⁴³ Mearsheimer ist dieser Argumentationslinie bis heute treu geblieben. Mit seiner tief verwurzelten prononciert *pro-westlichen Loyalität* gehört er derzeit zu den weltweit prominentesten und profiliertesten Kritikern jener aktuellen Politikstrategie, mit der die westliche Allianz und insbesondere die USA sich auf Seiten der Ukraine gegen Russland engagieren.⁴⁴

In seinem auf den 23. Juni 2022 datierten Aufsatz vertritt Mearsheimer im Wesentlichen drei Thesen. Sie lauten:

³⁹ Lippmann (1947, 1986-1987; S. 883).

⁴⁰ Lippmann (1947, 1986-1987; S. 884).

⁴¹ Vgl. Mearsheimer (2001, 2014).

⁴² Mearsheimer (2018; S. 5).

⁴³ Vgl. Mearsheimer (2014). Vgl. auch den zugehörigen Vorlesungsmitschnitt, Mearsheimer (2015).

⁴⁴ Vgl. z.B. Mearsheimer (2022a). Vgl. auch den zugehörigen Vorlesungsmitschnitt, Mearsheimer (2022b).

- Russlands Invasion der Ukraine wurde durch eine konzeptionell verfehlte US-Außenpolitik provoziert.
- Der Westen reagiert auf diese Invasion mit einer konzeptionell verfehlten Politik zur wirtschaftlichen und militärischen Schwächung Russlands.
- Beim Ukraine-Krieg handelt es sich aus westlicher Sicht um ein ähnlich gravierendes Politik-Desaster wie beim Vietnam-Krieg oder beim Irak-Krieg.

Zur Begründung seiner ersten These schreibt Mearsheimer:

„The taproot of the crisis is the American-led effort to make Ukraine a Western bulwark on Russia’s borders. That strategy has three prongs: integrating Ukraine into the EU, turning Ukraine into a pro-Western liberal democracy, and most importantly, incorporating Ukraine into NATO. The strategy was set in motion at NATO’s annual summit in Bucharest in April 2008, when the alliance announced that Ukraine and Georgia »will become members.« Russian leaders responded immediately with outrage, making it clear that they saw this decision as an existential threat, and they had no intention of letting either country join NATO. According to a respected Russian journalist, Putin »flew into a rage,« and warned that »if Ukraine joins NATO, it will do so without Crimea and the eastern regions. It will simply fall apart.«⁴⁵

Zur Begründung seiner zweiten These führt Mearsheimer aus, dass der Krieg in der Ukraine zu massiven und irreparablen Schäden führe: „This war is an unmitigated disaster for Ukraine. ... Putin made it clear in 2008 that Russia would wreck Ukraine to prevent it from joining NATO. He is delivering on that promise.“

Zur Begründung seiner dritten These verweist Mearsheimer auf die offenkundigen Schwierigkeiten, den Ukraine-Krieg durch Verhandlungen zu beenden.

„So, what are the prospects for negotiating a peace agreement and ending the war in the next few months? I am sorry to say that I see no way this war ends anytime soon ... The main reason for my pessimism is that both Russia and the United States are deeply committed to winning the war and it is impossible to fashion an agreement where both sides win. To be more specific, the key to a settlement from Russia’s perspective is making Ukraine a neutral state, ending the prospect of integrating Kyiv into the West. But that outcome is unacceptable to the Biden administration and a large portion of the American foreign policy establishment, because it would represent a victory for Russia.“

Aus Mearsheimers Sicht führt die westliche Politik zu einer Verkeilung der Positionen – oder um es mit einer anderen Metapher zu sagen: zu einem immer fester gezurrten Knoten, so dass es der Politik zunehmend schwer falle, ihn diplomatisch aufzulösen. So komme es zur Prolongierung des Krieges – auf Kosten der ukrainischen Bevölkerung.

Zu den Möglichkeiten und Grenzen einer Friedenspolitik durch die ukrainische Regierung vertritt Mearsheimer eine ebenfalls sehr pessimistische Einschätzung:

„Ukrainian leaders have agency of course, and one might hope that they will push for neutralization to spare their country further harm. Indeed, Zelensky briefly mentioned this possibility in the early days of the war, but he never seriously pursued it. There is little chance, however, that Kyiv will push for neutralization, because the ultra-nationalists in Ukraine, who wield significant political power,

⁴⁵ Mearsheimer führt hierfür einige Belegquellen an: (a) die Warnung des US-Botschafters Burns aus dem Jahr 2008, eine etwaige NATO-Mitgliedschaft der Ukraine sei für alle Mitglieder des russischen Politikestablishments „the brightest of all red lines“; (b) die Einschätzung des US-Botschafters McFaul aus dem Jahr 2014, über die Presseberichte wie folgt Auskunft geben: „McFaul described Russia’s seizure of the Crimean peninsula as an impulsive move by Putin and a reaction to Yanukovich’s ouster, not something long-planned.“; (c) die Einschätzung von Angela Merkel, die im Sommer 2022 verlautbaren lässt, 2008 habe Putin die in Aussicht gestellte NATO-Mitgliedschaft der Ukraine als Kriegserklärung des Westens an Russland aufgefasst. – Zusätzlich belegt er, dass mit dem Amtsantritt von US-Präsident Biden die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wieder ganz oben auf die politische Tagesordnung gesetzt worden sei, was den ukrainischen Präsidenten Selenskyj, der ursprünglich mit einer ganz anderen Agenda ins Amt gewählt worden war, zu einem anti-russischen Politikwechsel veranlasst habe.

have zero interest in yielding to any of Russia's demands, especially one that dictates Ukraine's political alignment with the outside world. The Biden administration and the countries on NATO's eastern flank—like Poland and the Baltic states—are likely to support Ukraine's ultra-nationalists on this issue.“

Ergänzend verweist Mearsheimer auf weitere Schwierigkeiten, die sich aus der Konkurrenz territorialer Ansprüche ergeben:

„It is hard to imagine Moscow voluntarily giving up any of the Ukrainian territory it now occupies, much less all of it, as Putin's territorial goals today are probably not the same ones he had before the war. At the same time, it is equally hard to imagine any Ukrainian leader accepting a deal that allows Russia to keep any Ukrainian territory, except possibly Crimea. I hope I am wrong, but that is why I see no end in sight to this ruinous war.“

Mearsheimer zieht hieraus die Schlussfolgerung, dass es ein mit Fortdauer des Krieges zunehmendes Eskalationsrisiko gebe. Hierzu schreibt er:

„There is a danger that the United States and its NATO allies will get dragged into the fighting, which they have been able to avoid up to this point, even though they are already waging a proxy war against Russia. There is also the possibility that nuclear weapons might be used in Ukraine and that might even lead to a nuclear exchange between Russia and the United States. The underlying reason these outcomes might be realized is that the stakes are so high for both sides, and thus neither can afford to lose.“

Mearsheimer führt dies näher aus. Einerseits betrachte die russische Regierung eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine als existenzielle Bedrohung und sei deshalb bereit, einen außerordentlich hohen Preis zu zahlen, um diesen Krieg nicht zu verlieren: „Putin and his lieutenants believe that Ukraine joining the West is an existential threat to Russia that must be eliminated. In practical terms, that means Russia must win its war in Ukraine. Defeat is unacceptable.“ Andererseits zeige sich der Westen fest entschlossen, Russland eine Lektion zu erteilen. Hierzu schreibt Mearsheimer:

„The Biden administration ... has stressed that its goal is not only to decisively defeat Russia in Ukraine, but also to use sanctions to inflict massive damage on the Russian economy. Secretary of Defense Lloyd Austin has emphasized that the West's goal is to weaken Russia to the point where it could not invade Ukraine again. In effect, the Biden administration is committed to knocking Russia out of the ranks of the great powers. At the same time, President Biden himself has called Russia's war in Ukraine a »genocide« and charged Putin with being a »war criminal« who should face a »war crimes trial« after the war. Such rhetoric hardly lends itself to negotiating an end to the war. After all, how do you negotiate with a genocidal state?“

Damit lenkt Mearsheimer die Aufmerksamkeit auf die mangelnde Konsistenz – und die logischen Widersprüche – innerhalb der westlichen Politikstrategie:

„American policy has two significant consequences. For starters, it greatly amplifies the existential threat Moscow faces in this war and makes it more important than ever that it prevails in Ukraine. At the same time, it means the United States is deeply committed to making sure that Russia loses. The Biden administration has now invested so much in the Ukraine war—both materially and rhetorically—that a Russian victory would represent a devastating defeat for Washington.

Obviously, both sides cannot win. Moreover, there is a serious possibility that one side will begin to lose badly. If American policy succeeds and the Russians are losing to the Ukrainians on the battlefield, Putin might turn to nuclear weapons to rescue the situation. ...

Let's turn the tables and ask what happens if the United States and its NATO allies appear to be heading toward defeat, which effectively means that the Russians are routing the Ukrainian military and the government in Kyiv moves to negotiate a peace deal intended to save as much its allies to get even more deeply involved in the fighting. It is not likely, but certainly possible that American or maybe Polish troops would get pulled into the fighting, which means NATO would literally be at war with Russia.“

Vor diesem Hintergrund formuliert Mearsheimer eine aus westlicher Sicht ausgesprochen *selbstkritische* Schlussfolgerung. Sie lautet:

„[T]he ongoing conflict in Ukraine is a colossal disaster. ... Those who believe in facts and logic will quickly discover that the United States and its allies are mainly responsible for this train wreck. The April 2008 decision to bring Ukraine and Georgia into NATO was destined to lead to conflict with Russia. The Bush administration was the principal architect of that fateful choice, but the Obama, Trump, and Biden administrations have doubled down on that policy at every turn and America's allies have dutifully followed Washington's lead. Even though Russian leaders made it perfectly clear that bringing Ukraine into NATO would be crossing »the brightest of red lines,« the United States refused to accommodate Russia's deepest security concerns and instead moved relentlessly to make Ukraine a Western bulwark on Russia's border.

The tragic truth is that if the West had not pursued NATO expansion into Ukraine, it is unlikely there would be a war in Ukraine today and Crimea would still be part of Ukraine. In essence, Washington played the central role in leading Ukraine down the path to destruction. History will judge the United States and its allies harshly for their remarkably foolish policy on Ukraine.“

An dieser Stelle kann es nicht darum gehen, entscheiden zu wollen, ob bzw. inwieweit Mearsheimer mit seinen kritischen Überlegungen Recht oder Unrecht hat. Worum es hier allein geht, ist die Art und Weise, mit der er als öffentlicher Intellektueller auftritt.

Nimmt man Hermann Hesses intellektuelle Ethik zum Maßstab, dann hat man es bei John Mearsheimers öffentlichem Vernunftgebrauch mit einer zweifellos vorbildlichen Pflichterfüllung zu tun: Hier nimmt ein bedeutender Gelehrter das Kreuz auf sich, zahlreiche Freunde und Kollegen zu verprellen, weil er sich – nicht dem vorherrschenden Mainstream, sondern – dem Westen gegenüber loyal verhalten will: Er scheut sich nicht, westliche *Selbstkritik* zu betreiben – und damit den Finger in die Wunde zu legen, nach *eigenen*, westlichen Politikfehlern zu suchen, anstatt alle Fehler – alle Kriegsursachen und alle Kriegsschuld – allein der Gegenseite zuzuschreiben. Hierzu liest man bei Mearsheimer:

„[T]he United States is principally responsible for causing the Ukraine crisis. This is not to deny that Putin started the war and that he is responsible for Russia's conduct of the war. Nor is it to deny that America's allies bear some responsibility, but they largely follow Washington's lead on Ukraine. My central claim is that the United States has pushed forward policies toward Ukraine that Putin and other Russian leaders see as an existential threat, a point they have made repeatedly for many years.“

Mithin ist ganz unverkennbar, dass Mearsheimer hier *Diskursverantwortung* übernimmt: Ihm geht es bei seinem öffentlichen Vernunftgebrauch darum, kollektive Lernprozesse anzustoßen, um zukünftige Kriege zu vermeiden und den Frieden sicherer zu machen. Dies liegt ganz auf der Argumentationslinie, die Hermann Hesse mit einer intellektuellen Ethik vorgegeben hat.

((4)) Kommen wir nun zum deutschen Diskurs. Hier mögen zwei Beispiele genügen. Das erste betrifft meinen politikwissenschaftlichen Kollegen von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Johannes Varwick; das zweite den Philosophieprofessor Reinhard Hesse, der lange Zeit an der Pädagogischen Hochschule Freiburg geforscht und gelehrt hat. Diese beiden Beispiele mögen ausreichen, um zu belegen, dass die intellektuelle Ethik Hermann Hesses ein Ideal vorstellt, das unter den gegenwärtigen Bedingungen der Bundesrepublik – wenn auch mitunter nicht ohne Schwierigkeiten – aktiv gelebt und verwirklicht werden kann.

Bereits vor Beginn der Kriegshandlungen, nämlich im 5. Dezember 2021, erscheint ein von Johannes Varwick organisierter Aufruf mit dem Titel „Raus aus der Eskalationsspirale! Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland“.⁴⁶ Dort heißt es:

„Mit allergrößter Sorge beobachten wir die sich abermals verstärkende Eskalation im Verhältnis zu Russland. Wir drohen in eine Lage zu geraten, in der ein Krieg in den Bereich des Möglichen rückt.

⁴⁶ Vgl. Varwick et al. (2021).

Von dieser Lage kann niemand profitieren, und dies liegt weder in unserem noch im russischen Interesse. Es gilt deshalb jetzt alles zu tun, um die Eskalationsspirale zu durchbrechen. Ziel muss es sein, Russland und auch die NATO wieder aus einem konfrontativen Kurs herauszuführen. Es bedarf einer glaubwürdigen Russlandpolitik der NATO und der EU, die nicht gutgläubig-naiv oder beschwichtigend, sondern interessengeleitet und konsequent ist. Jetzt ist nüchterne Realpolitik gefragt.“

Ein halbes Jahr später, der Krieg ist seit vier Monaten im Gange, erscheint am 30. Juni 2022 in der ZEIT ein von ihm mit initiiertes Appell mit dem Titel „Waffenstillstand jetzt! Verhandlungen so schnell wie möglich“. ⁴⁷

„Die Ukraine hat sich unter anderem dank massiver Wirtschaftssanktionen und militärischer Unterstützungsleistungen aus Europa und den USA bislang gegen den brutalen russischen Angriffskrieg verteidigen können. Je länger die Maßnahmen fortauern, desto unklarer wird allerdings, welches Kriegsziel mit ihnen verbunden ist. Ein Sieg der Ukraine mit der Rückeroberung aller besetzten Gebiete einschließlich der Oblaste Donezk und Luhansk und der Krim gilt unter Militärexperten als unrealistisch, da Russland militärisch überlegen ist und die Fähigkeit zur weiteren militärischen Eskalation besitzt.

Die westlichen Länder, die die Ukraine militärisch unterstützen, müssen sich deshalb fragen, welches Ziel sie genau verfolgen und ob (und wie lange) Waffenlieferungen weiterhin der richtige Weg sind. Die Fortführung des Krieges mit dem Ziel eines vollständigen Sieges der Ukraine über Russland bedeutet Tausende weitere Kriegesopfer, die für ein Ziel sterben, das nicht realistisch zu sein scheint. ...

Die Aufnahme von Verhandlungen ist keine Rechtfertigung von Kriegsverbrechen. Wir teilen den Wunsch nach Gerechtigkeit. Verhandlungen sind indes ein notwendiges Mittel, um Leid vor Ort und Kriegsfolgen auf der ganzen Welt zu verhindern.“

In zahlreichen Interviews⁴⁸, Streitgesprächen⁴⁹ und Veröffentlichungen⁵⁰ vertritt Varwick eine Sichtweise, die sich kurz und knapp in drei Punkten zusammenfassen lässt.

- Den militärischen Konflikt kann die Ukraine nicht gewinnen. Russland ist deutlich stärker.
- Daran kann auch die Unterstützung des Westens nichts Wesentliches ändern. Sie führt nicht dazu, dass die Ukraine gewinnt, sondern allenfalls dazu, dass sich die absehbare Niederlage der Ukraine über einen längeren Zeitraum hinzieht, mit entsprechenden Folgen für Leid und Tod der ukrainischen Bevölkerung.
- Die westliche Seite sollte – insbesondere auch um der Ukraine willen – so schnell wie möglich darauf dringen, den militärischen Konflikt einzufrieren und Verhandlungen zu führen, die eine Friedenslösung einleiten.

Für diese Position nimmt Varwick in Kauf, in der breiteren Öffentlichkeit, aber auch im fachlichen Kollegenkreis hart angegangen zu werden. Dabei müsste er – ähnlich wie John Mearsheimer – schon allein aufgrund seines Lebenslaufes und seines jahrzehntelangen Engagements völlig frei davon sein, gewisser Illoyalitäten gegenüber der Bundeswehr oder der NATO, gegen dem Westen oder Ukraine verdächtigt werden zu können. Trotzdem kommt es zu z.T. wüsten Beschimpfungen und verbalen Angriffen (sowie zu Gewaltandrohungen) gegen seine Person. Hierzu trägt bei, dass das Zentrum zur Bekämpfung von Desinformation beim Nationalen Sicherheitsrat der Ukraine ihn gemeinsam mit über 70 weiteren Prominenten – darunter auch John J. Mearsheimer, aber auch Alice Schwarzer oder Rolf Mützenich – wegen der angeblichen Verbreitung von Russland-Propaganda auf eine Schwarze Liste gesetzt hat.⁵¹

⁴⁷ Vgl. Augstein et al. (2022).

⁴⁸ Vgl. z.B. Wrase (2022).

⁴⁹ Vgl. z.B. Bittner und Machowecz (2022) oder Publik-Forum (2023).

⁵⁰ Vgl. z.B. Varwick (2022) und (2023b)

⁵¹ Vgl. Maier (2022).

Varwick selbst gibt hierüber freimütig Auskunft. Er schildert, wie er ausgegrenzt und diskreditiert wird.⁵² In einem Artikel für die Berliner Zeitung schreibt er:

Ich hatte „in den vergangenen Jahrzehnten und lange vor dem Krieg gegen die Ukraine dafür plädiert, Deutschland solle mehr Verantwortung in der Sicherheitspolitik übernehmen, seine Streitkräfte besser ausstatten und es sich nicht ausschließlich bei den angenehmen politischen Themen bequem machen und die Greuel der Welt nur von der Seitenlinie kommentieren. Das war in weiten Teilen der Öffentlichkeit nicht immer populär, im ministeriellen Berlin fand ich damit aber durchaus Gehör. Beiratsmitgliedschaften im Auswärtigen Amt, Beratung des Verteidigungsministeriums, zahllose Vorträge in der Generalstabsausbildung, reger Austausch mit den Sicherheitspolitikern im Bundestag und den Parteien.“⁵³

Dann schildert er, wie er von der Wissenschaft zu Think Tanks und von dort wieder zurück zur Wissenschaft gewandert ist. Vor diesem Erfahrungshintergrund reflektiert Varwick über die unterschiedlichen Diskurse in Theorie und Praxis – und mithin über die Notwendigkeit, Brücken zu schlagen und Dialog zu ermöglichen:

„[M]ir [war] immer klar: Wissenschaft und Politik leben in unterschiedlichen Welten, mit je eigener Logik und eigenen Erfolgskriterien. Wissenschaftlern wird seitens der praktischen Politik die Neigung zu realitätsfernen Utopien bei Problemstellungen zugeschrieben, in denen die politische Welt umsetzbare Handlungsempfehlungen nachgefragt. Die akademische Welt charakterisiert dagegen häufig Entwürfe und Entscheidungen von Politikern und Beamten als Flickschusterei, geboren aus politischer Kurzzeitopportunität und ohne Rücksicht auf die Langzeitwirkungen.“

Varwick bekundet, dass er sich zur Aufgabe gemacht hatte, zu diesem Brückenschlag zwischen Theorie und Praxis aktiv beizutragen – und dass er sich nach den Ereignissen des Jahres 2022 ausgegrenzt fühlt:

„Seit mehr als zehn Jahren [bin ich] Inhaber des Lehrstuhls für internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg. Ein Lehrstuhl gibt die Freiheit, zu denken und auch zu tun, was und wie ich es wollte. Diese Unabhängigkeit habe ich dabei auch stets als Verpflichtung verstanden, nicht dem Zeitgeist hinterherlaufen oder Mainstream-Positionen zu replizieren, sondern ohne Zwänge und Druck nachzudenken. Im Jahr 2022 habe ich gleichwohl mit diesem Ansatz meinen Zugang zur Politik in weiten Teilen verloren. Wer sich zu weit vom Mainstream entfernt, der wird kaltgestellt.“

Varwick verweist auf strukturelle Anreizprobleme, die gerade in *Krisenzeiten* – man könnte auch sagen: *ausgerechnet* in Krisenzeiten – zur Schließung des Overton-Fensters beitragen können:

„Wer abhängig von der Politik ist oder wie die Mehrzahl der Berliner Thinktanks am direkten finanziellen Tropf des Auswärtigen Amtes oder des Verteidigungsministeriums hängt, der muss darauf achten, seine Finanziere nicht zu verprellen. Wer diesen Zwängen nicht unterliegt, dem wird freilich auf andere Weise signalisiert, dass Abwechslertum nur bis zu einem bestimmten Grad akzeptiert wird. Im sicherheitspolitischen Abseits darf man nicht mehr mitspielen.“

Und dann betont er einerseits die Funktionsprinzipien eines konstruktiven Diskurses sowie andererseits das Erfordernis, seine eigene Position, die er als Minderheitsposition kennzeichnet, um des Erkenntnisfortschritts in der Sache willen nicht mutwillig aus dem Diskurs auszuschließen. Hierzu schreibt er:

„Demokratie braucht Konflikt, Demokratie braucht aber auch eine gemeinsame Basis und ein Mindestmaß an Ausgewogenheit und Respekt.“

⁵² Vgl. z.B. den Mitschnitt eines wissenschaftlichen Gesprächs: Pies und Varwick (2022). Dort gibt Johannes Varwick Auskunft darüber, warum er auf die z.T. ausfälligen Verbalinjurien des damaligen Ukraine-Botschafters Melnyk mit großer Zurückhaltung geantwortet hat. Er schildert aber auch, wie er Ausgrenzung erlebt. – Einige Kritiker interpretieren solche Schilderungen postwendend als strategisch-manipulatives Marketing-Verhalten. Vgl. hierzu etwa Davies (2022a). Ihr an Varwick gerichteter Vorwurf lautet: „Selbstinszenierung als Opfer in einem verengten Diskursraum“.

⁵³ Varwick (2023a).

Wenn etwa jenen, die sich erlauben zu fragen, ob Waffenlieferungen an die Ukraine nicht eher Konfliktbeschleuniger sind, reflexhaft unterstellt wird, damit werde dem russischen Narrativ gefolgt, oder diese gar als „Putinfreunde“ diffamiert werden, dann wird eine rationale strategische Diskussion verunmöglicht. Denn natürlich kann es auch sein, dass mit Waffenlieferungen ein womöglich aussichtsloser Kampf der Ukraine nur verlängert oder blutiger wird.“

Sodann liest man im Hinblick auf die strittigen Sachfragen bei ihm folgende Klarstellung:

„Man mag mit jeweils guten Argumenten zu dem einen oder dem anderen Ergebnis kommen. Es gibt aber nicht nur ein Richtig oder ein Falsch. Und vor allem betreibt man nicht zwingend das Geschäft Russlands oder verrät die Ukraine, wenn man hier eine Minderheitenposition vertritt. Im Rückblick hat sich meine Erwartung bestätigt, dass die russische Regierung am längeren Hebel sitzt, d.h. über die Eskalationsdominanz verfügt und auch die politische Entschlossenheit (und Ruchlosigkeit) aufbringt, diese auszureizen. Zudem ist die Durchhaltefähigkeit der Russen hoch, vermutlich höher als die der Ukraine. ... [I]st es vorstellbar, dass eine Nuklearmacht einen Krieg, den es aus seiner (irrigen) Sicht für seine vitalen Interessen führt und dafür einen hohen Preis zahlt, am Ende verliert?

Von der Antwort auf diese Frage hängt die weitere Strategie maßgeblich ab. Mit einem gesinnungsethischen Kompass ist eine vorbehaltlose Unterstützung der Ukraine mehr als berechtigt. Ob dies allerdings einer Verhandlungslösung dient, ist fraglich. Was wir vielmehr brauchen, ist ein verantwortungsethischer Ansatz, der weiter den Versuch eines Interessenausgleichs mit Russland wagt und nicht auf einen Sieg gegen Russland setzt. Wer zudem eine komplette Niederlage Russlands zum Ziel bzw. als Voraussetzung für eine Friedenslösung erklärt, der landet letztlich doch im Krieg mit Russland.“

Varwicks Schlussfolgerung lautet:

„Genau darum geht es: Nüchtern zu überlegen, wie eine Verhandlungslösung aussehen könnte und nicht ein »Kämpfen bis zum letzten Ukrainer« mit Waffenlieferungen zu befeuern. Als Element einer Verhandlungslösung wird es vermutlich am Ende eine neutrale sowie territorial veränderte Ukraine geben. Das ist gewiss keine Ideallösung, setzt natürlich international ein schlechtes Beispiel und verlangt insbesondere der Ukraine schmerzliche Zugeständnisse ab. Allein: Jede andere durchsetzbare Option ist schlechter, weil sie entweder einen jahrelangen und verlustreichen Abnutzungskrieg oder aber eine militärische Eskalation mit Russland zur Folge hätte. ...

Solidarität mit der Ukraine ist keine Frage von möglichst vielen und schweren Waffenlieferungen, sondern eine Frage des Grades der diplomatischen Initiativen, mit unpopulären, aber realistischen Gedanken diesen Krieg zu beenden. Ein solch nüchterner Blick ist keine Empathielosigkeit gegenüber dem Opfer einer Aggression. Sie ist vielmehr notwendiges Element strategischen Denkens.“

Man sieht: Johannes Varwick scheut sich nicht, eine Position zu beziehen, die für andere unbequem ist – und die für ihn selbst persönliche Kosten verursacht. Er verbindet dies mit dem inhaltlichen Anspruch, eine vergleichsweise bessere Lösung für die Ukraine zu vertreten als jene, die gegenwärtig von der offiziellen Politik des Westens verfolgt wird. Dies liegt – ähnlich wie bei John Mearsheimer – ganz auf der von Hermann Hesse vorgegebenen Argumentationslinie, als Intellektueller der moralischen Verpflichtung nachzukommen, an einem aus Sachgründen für richtig befundenen Urteil beharrlich festzuhalten und sich dem Gegenwind einer populären Mehrheitsmeinung nicht zu beugen. Das Mindset, das hier zugrunde liegt, besteht darin, als öffentlicher Intellektueller *Diskursverantwortung* zu übernehmen: nicht, weil man die Wahrheit für sich gepachtet zu haben glaubt, sondern weil man bemüht ist, im allseits fehlerträchtigen Streit von Pro und Contra mit couragierten Denkanstößen zur Wahrheitsfindung beizutragen.

((5)) Am 12. Dezember 2022 veröffentlicht der seit 2010 pensionierte Philosophieprofessor Reinhard Hesse in der Frankfurter Rundschau einen kurzen Artikel, der hier in seinen Grundzügen wiedergegeben werden soll.⁵⁴

Er beginnt mit einer persönlichen Erlebnisschilderung:

⁵⁴ Vgl. Hesse (2022).

„Mitte September habe ich als Tourist in Königsberg das Grab des Philosophen Immanuel Kant besucht und bei der Gelegenheit einen Abstecher zum Kant-Institut an der „Baltischen Kant-Universität Kaliningrad“ gemacht, um mich dort für den alle fünf Jahre stattfindenden internationalen Kant-Kongress im April 2024, also zum 300. Geburtstag Kants, registrieren zu lassen.

In diesem Zusammenhang erfuhr ich, dass von deutscher Seite aus als Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine die Mitwirkung bei der Vorbereitung des Kongresses eingestellt worden sei. Es herrsche Funkstille.

Ich muss gestehen, ich war bestürzt. Was hat Kants Philosophie mit dem Ukraine-Konflikt zu tun?, fragte ich mich.“

Danach stellt er sich und seinen Lesern die folgenden Fragen:

„Wurden die philosophischen Kontakte mit anderen Ländern ebenfalls eingestellt, wenn deren Regierungen gegen das Völkerrecht verstießen? Hat man Yale und Harvard boykottiert, weil die USA Jugoslawien oder den Irak (und etliche andere Staaten) völkerrechtswidrig angegriffen und dort hundttausende ziviler Opfer verursacht haben?“

„Wäre es nicht vernünftiger, gerade jetzt das Gegenteil zu machen: Intensivierung des Kontakts, Verbreiterung des Austausches, Vertiefung des Gesprächs? Ist denn die Wissenschaft – um das bekannte Clausewitz-Wort zu variieren – eine Art Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln?“

Danach kommt er auf das Selbstverständnis zu sprechen, das für den Rechtsbetrieb sowie für den Wissenschaftsbetrieb angemessen ist. Hier geht es vor allem um die Anerkennung des Prinzips, auch der vermeintlichen Gegenseite zuzuhören.

„Aber nicht nur die deutsche Kantgesellschaft, auch die großen deutschen Wissenschaftsorganisationen haben es für richtig befunden, den Austausch mit ihren russischen Gegenübern ganz oder größtenteils einzustellen. Sie folgen damit den politischen und medialen Vorgaben. Sie hängen ihr Fähnchen in den Wind. Demnächst soll immerhin an einer deutschen Universität eine Tagung über die völkerrechtliche Seite des Ukraine-Konflikts und seiner Vorgeschichte stattfinden, zu der auch russische Fachvertreter:innen eingeladen werden sollen.

Damit tun die Veranstalter – ungeachtet des hochtrabenden Geredes der Abbruchfreunde – das banalerweise Selbstverständliche. „Audiatur et altera pars!“ So hieß es schon bei den Römern. Ein Richter, der den vor ihm stehenden Angeklagten nicht fragt: „Was haben Sie zu Ihrer Verteidigung zu sagen?“, hat nicht verstanden, was Gerechtigkeit ist; ein Professor, der Argumente ausschließen will, nicht, was Wissenschaft ist.“

Noch spezifischer schreibt Hesse über die Wissenschaft:

„Eine „Gegenseite“, einen „Feind“, gibt es in ihr nicht. Es gibt nur Diskussionspartner. Diese können verschiedener Meinung sein und gegeneinander argumentieren. Aber indem sie gegeneinander argumentieren, anerkennen sie notwendigerweise ihre Argumentationspartner als Gleiche.

Sollte man nicht diese „Friedenslogik“ der „Kriegslogik“ entgegensetzen? Gibt es denn etwas Wichtigeres als das Gespräch, als die gemeinsame, auf Gegenargumente hörende Suche nach der Wahrheit und nach dem richtigen Weg? Und gilt das nicht gerade in Kriegszeiten? Wie kann man sich noch auf Kant berufen, wenn man das vergisst?“

Seine Schlussfolgerung lautet:

„Nicht der Gesprächsabbruch, sondern im Gegenteil die Gesprächsintensivierung ist der Weg, den die zivilisierten Menschen in Konfliktsituationen wählen müssen, wollen sie nicht sich selbst schließlich diskreditieren.“

Nimmt man die intellektuelle Ethik seines Namensvetters – Herman Hesse – zum Maßstab, dann hat man es bei Reinhard Hesses öffentlichem Vernunftgebrauch mit einer auf geradezu herausragende Weise vorbildlichen Pflichterfüllung zu tun: Als Philosoph erinnert er daran, mit welcher Geisteshaltung Kant seiner Forschung nachgegangen ist. Und als Wissenschaftler verweist er darauf, dass das Overton-Fenster nicht möglichst geschlossen, sondern möglichst weit geöffnet sein sollte, weil nur dann, wenn auch missliebige Stimmen zu Wort kommen dürfen, mit Erkenntnisfortschritt zu rechnen ist. Er setzt sich dafür ein, den gesellschaftlichen – und noch spezifischer: insbesondere auch den

wissenschaftlichen – Diskurs nicht als homogenen (Gruppen-)Monolog zu führen, sondern als Dialog, über alle Grenzen politischer Meinungsverschiedenheiten hinweg. Seine Argumentation liegt ganz auf der Linie, die von Kant über Mill zu Hermann Hesse weist. So sieht *Diskursverantwortung* aus.

5. Öffentlicher Vernunftgebrauch: Beispiele eklatanter Pflichtverletzung

Wenn ich im Folgenden nach fünf Positivbeispielen auch einige Negativbeispiele anspreche, dann nicht, um konkrete Personen zu kritisieren. Es geht mir hier ausschließlich um punktuelle Fehlleistungen im Argumentationsverhalten, nicht um eine charakterliche Beurteilung der betreffenden Akteure. Ganz im Gegenteil: Moralisierende Charakterurteile haben in einer sachlichen Auseinandersetzung mit Argumenten nichts zu suchen. Sie sind Teil des Problems, auf das ich aufmerksam machen möchte. Insofern dient die folgende Dokumentation einiger Einzelfälle von Fehlverhalten ausschließlich dazu, erstens auf strukturelle Missstände im Diskurs hinzuweisen und zweitens ein Nachdenken darüber anzuregen, wie man diesen Missständen wirksam(er) begegnen könnte.

Ich habe aus einer reichlichen Fülle des mir vorliegenden Materials drei Beispiele ausgewählt, um exemplarisch drei Missstände zu dokumentieren: Diese betreffen

- Versuche, bestimmte Personen vom Diskurs auszuschließen
- Versuche, über die vermeintlichen Motive von Personen zu richten
- Versuche, expressive Kommunikation an die Stelle von Argumenten zu setzen

((1)) Franziska Davies ist promovierte Historikerin und arbeitet als Habilitandin am Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie ist eine ausgewiesene Expertin für die neuere Geschichte Osteuropas und Russlands. An der öffentlichen Debatte zum Ukraine-Krieg hat sie sich engagiert beteiligt. Im Rahmen ihres umfassenden Engagements hat sie auch zu den Thesen von Johannes Varwick kritisch Stellung genommen.⁵⁵ Hierbei ist ihr eine intellektuelle Fehlleistung unterlaufen. Dies wird sofort sichtbar, wenn man nicht nur auf den Inhalt, sondern auch auf die Form ihres Widerspruchs achtet.

Zunächst zum Inhalt: Als Historikerin widerspricht sie Varwick in drei Punkten.

- Erstens sei der Ukraine-Krieg nicht wechselseitig, sondern einseitig verursacht worden.⁵⁶
- Zweitens sei die von Varwick angestrebte Verhandlungslösung kontraproduktiv.⁵⁷

⁵⁵ Vgl. Davies (2022a).

⁵⁶ Davies (2022a): „Varwick behauptet, das Problem sei das Gefühl der »Bedrohung«, das Russland empfinde. Die Aussicht auf eine NATO-Mitgliedschaft der UA [= Ukraine; I.P.] habe diesen Krieg provoziert. Falsch. Selenskyj hat kurz nach dem 22. Feb. gesagt, dass eine NATO-Mitgliedschaft unrealistisch sei. Putin hat das nicht interessiert.“

⁵⁷ Davies (2022a): „Ratschläge von Varwick interessieren die Ukrainer:innen nicht. Sie kämpfen, es geht um die Frage, ob wir sie dabei unterstützen. Spielen wir mal Varwicks »Lösung« durch: die Ukraine verliert ohne westliche Hilfe, große Teile werden von Russland besetzt und terrorisiert.

Der ukrainische Staat ist nicht mehr handlungsfähig. Mit anderen Worten: Russland gelingt es, seinen imperialen Anspruch durchzusetzen und einen Staat, der in die EU strebt, zu zerstören. Zu hoffen, dass Putin dann nicht die nächste imperiale Obsession entwickelt, ist naiv.

Putin sagt offen, dass er vom russischen Imperium des 18. & 19. Jahrhunderts träumt. Hinweis: dazu gehörte nicht nur die Zentral- und Ostukraine. Mit anderen Worten: Varwicks »Interessenausgleich« wäre das Ende der europäischen Friedensordnung.“

- Drittens leide seine Perspektive unter Restbeständen kolonialen Denkens.⁵⁸

Nun zur Form: Franziska Davies wählt für ihre inhaltliche Kritik das nachfolgend zitierte Einleitungsstatement.

„Zu Beginn des russischen Totalangriffs auf die #Ukraine habe ich eine geplante Online-Diskussion mit @JohannesVarwick abgesagt, weil ich keinen Sinn darin erkennen konnte, mit jemandem zu diskutieren, der die Realität nicht zur Kenntnis nimmt.“⁵⁹

Natürlich ist es das gute Recht von Franziska Davies, frei darüber zu entscheiden, mit wem sie reden will – und wen sie als Gesprächspartner lieber meidet. Aber genau darum geht es hier *nicht*. Es geht vielmehr um die öffentlich artikulierte Begründung, mit der sie das Gesprächsangebot ausschlägt. Und es geht *vor allem* darum, dass sie auch andere davon abbringen will, mit Johannes Varwick zu reden oder ihn in den Medien überhaupt zu Wort kommen zu lassen.

Um nur ein Beispiel zu geben: Als Reaktion auf ein am 13. September 2002 publiziertes Interview mit Johannes Varwick im Kultursender des Deutschlandfunks äußert sich Franziska Davies noch am selben Tag:

„Das Interview heute morgen im @dlfkultur mit @JohannesVarwick war hochproblematisch. Hier liegt auch ein Versagen der Redaktion vor. Es sollte sich inzwischen herumgesprochen haben, warum die Aussagen von Herrn Varwick in Fachkreisen heftig kritisiert werden.“⁶⁰

Hierauf reagiert der Sender „Deutschlandfunk Kultur“:

„Vielen Dank für Ihre kritische Meinung @EFDavies. Zum Meinungspluralismus gehören kontroverse und gegensätzliche Ansichten, deshalb finden wir es legitim, Herrn Varwick zu befragen. Wir werden die Debatte aber mit weiteren Interviewgästen und aus anderen Perspektiven fortführen.“⁶¹

Dies veranlasst Franziska Davies zu folgender Replik:

„Herr Varwick wurde in der Rolle des Experten präsentiert, dabei besitzt er keine Osteuropa-Perspektive & wird zudem auch im Fach Politikwissenschaft scharf kritisiert. Geht es um arbiträre »Meinungen« oder um die Vermittlung von Fachwissen? Immerhin hat der ÖRR [= Öffentlich-Rechtliche Rundfunk, I.P.] einen Bildungsauftrag. Dazu gehört zu hinterfragen, wer Expertise hat und nicht einen bequemen false balance zu bedienen.“

Franziska Davies tritt hier als Expertin auf und interveniert, um zu verhindern, dass vermeintlich *Nicht*-Experten, deren Thesen innerhalb der Wissenschaft *kontrovers* diskutiert werden, in der Öffentlichkeit zu Wort kommen. Das ist ein Aufruf zur Zensur, der sich weder mit einem aufgeklärten Verständnis von Wissenschaft noch mit einem aufgeklärten Verständnis von demokratischer Auseinandersetzung vereinbaren lässt: Inhaltlicher Widerspruch zu Sachargumenten ist etwas kategorial anderes als eine auf die Person zielende Ausgrenzung vom Diskurs.⁶² Legt man Hesses Ethik intellektueller Diskursverantwortung zugrunde, liegt folglich ein klarer Fall von Pflichtverletzung vor. Diese nimmt

⁵⁸ Davies (2022a): „Mal behauptet Varwick, dass es um deutsche Interessen gehe, die andere wären als die der Ukraine. Mal behauptet er, er wolle den Ukrainern einen langen Krieg ersparen. Die Ukrainer:innen können ganz gut selbst entscheiden, was in ihrem Interesse ist.

Die Zeiten, in Berlin und Moskau über Ostmitteleuropa einen »Interessenausgleich« aushandeln, sind Gott sei Dank vorbei. Und wir haben eine Verantwortung dabei zu helfen, dass das auch so bleibt.“ Vgl. ergänzend auch Davies (2022b): „Denkbar wäre für Varwick die Ukraine als »Pufferzone«, nicht aber als »Aufmarschgebiet des Westens«, die sich aber trotzdem »nach eigener Vorstellung entwickeln kann«. ... [D]ieser Kolonialismus ist schwer erträglich, die Ukraine ist ein souveräner Staat. Varwick reproduziert unreflektiert das imperiale Denken Putins, legitimiert es dadurch als Wissenschaftler.“

⁵⁹ Davies (2022a).

⁶⁰ Davies (2022b).

⁶¹ Davies (2022c).

⁶² Dies scheint übrigens keine einmalige Entgleisung zu sein, sondern ein *Verhaltensmuster*. In einem Brief an den Zuschauerservice des ZDF schreibt Franziska Davies (2022d): „[I]ch bin Osteuropa-Historikerin an

die Form eines performativen Selbstwiderspruchs an, weil eine Wissenschaftlerin, die in der Öffentlichkeit als Wissenschaftlerin auftritt, andere Wissenschaftler aus der Öffentlichkeit ausgrenzen will, obwohl ihr eigentlich subjektiv klar sein müsste, dass genau dies mit einem auch nur elementar aufgeklärten Selbstverständnis von Wissenschaft objektiv unvereinbar ist.⁶³

((2)) Professor Dr. Klaus Gestwa ist Inhaber eines Lehrstuhls für Osteuropäische Geschichte sowie Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen. Er ist – in ähnlicher Weise wie Franziska Davies⁶⁴ – in der Öffentlichkeit als Kritiker von Dr. Gabriele Krone-Schmalz aufgetreten, der ehemals für die ARD tätigen Moskau-Korrespondentin und Fernsehmoderatorin, die mehrere Bücher über Russland verfasst hat.

Anders als Davies fordert Gestwa keine Zensur. Als Wissenschaftler vermeidet er diesen performativen Selbstwiderspruch. Stattdessen setzt er – völlig regelkonform – darauf, Kontrapunkte zu setzen, indem er Veranstaltungen *von* und *mit* Gabriele Krone-Schmalz gemeinsam mit anderen Wissenschaftlern kritische Gegenveranstaltungen *über* Gabriele Krone-Schmalz zur Seite stellt. Er schränkt die Öffentlichkeit also nicht ein, sondern erweitert sie. So weit, so gut.

Trotzdem ist auch Klaus Gestwa eine eklatante Fehlleistung zu bescheinigen. Sie betrifft die Unterstellungen, mit denen er die Integrität von Frau Krone-Schmalz öffentlich in Zweifel zieht. Um dies zu dokumentieren, empfiehlt sich ein genauerer Blick auf seine Argumentation.

Konkreter Stein des Anstoßes war ein Vortrag von Gabriele Krone-Schmalz, den sie am 14. Oktober 2022 unter dem Titel „Russland und die Ukraine“ bei der Volkshochschule (VHS) Reutlingen gehalten hat. Das zugehörige Youtube-Video ging viral und wurde (Stand 9.2.2023) von mehr als 1,4 Millionen Menschen aufgerufen.⁶⁵

In einem ausführlichen Interview⁶⁶ äußert sich Gestwa wie folgt:

der LMU München und beschäftige mich seit vielen Jahren mit Russland, der Ukraine und Polen. Mit Entsetzen habe ich die Sendung von Markus Lanz am 2. Juni gesehen, in der Ulrike Guérot zu Gast war. Frau Guérot ist bereits durch ihre verschwörungstheoretischen Schriften zu Corona aufgefallen, inzwischen wurden ihr auch Plagiate nachgewiesen. Sie gehört zu diejenigen [sic!], die sich seit Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine lautstark zu Wort melden, obwohl sie sich bisher mit keiner [sic!] dieser Länder auseinandergesetzt haben. ... Ich möchte auch daran erinnern, dass Talkshows wie die von Markus Lanz ganz erheblich für den Erfolg von pro-Putin Narrativen in Deutschland seit 2014 mitverantwortlich sind, weil jahrelang Pseudo-Expert:innen eine Bühne gegeben wurde, die das Geschäft des Kremls betrieben. Noch kurz vor dem Totalangriff war Gabriele Krone-Schmalz zu Gast. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie die Kritik an Ihrer Einladungs politik nicht zur Kenntnis genommen haben. Insofern gehe ich davon aus, dass Ihnen die »Show« wichtiger ist als einen Beitrag zu leisten zu einer ernsthaften Diskussion über den Krieg. Sie treffen diese Entscheidung in einem Moment, in dem in der Ukraine Menschen ermordet, vergewaltigt und vertrieben werden. Ich bin über diese Entscheidung zutiefst erschüttert.“

⁶³ Deshalb sei in diesem Zusammenhang nochmals an Mill (1859, 1977; S. 229) erinnert, damit der performative Selbstwiderspruch deutlich wird: „All silencing of discussion is an assumption of infallibility.“

⁶⁴ Vgl. hierzu den Beitrag von Davies (2022e), mit dem sie als „Desinformationsexpertin“ auftritt. Über Gabriele Krone-Schmalz gibt sie folgende Auskunft: „Ihre Botschaft ist simpel: Der »Westen« ist schuld, er habe Russlands Interessen ignoriert, die Nato erweitert und Russland zur Reaktion genötigt. Diese These kann sich nicht auf Fakten stützen. Sucht man diese Fakten in Krone-Schmalz Vortrag und Büchern, überprüft man ihre Argumente und die Beweisführung, so finden sich etliche Beispiele für Verdrehungen, Halbwahrheiten, den manipulativen Gebrauch von Quellen sowie Falschaussagen. Empirisch und methodisch sind Frau Krone-Schmalz [sic!] Einlassungen unhaltbar. Sie betreibt Desinformation.“ Zur Vorgeschichte vgl. ergänzend Davies (2015).

⁶⁵ Vgl. Krone-Schmalz (2022).

⁶⁶ Vgl. Ströbel (2023).

„Wenn es der VHS um Reichweite ging, dann dürften sich die Verantwortlichen auf die Schulter klopfen. Dafür ist dann ihre politische Verantwortung auf der Strecke geblieben. Wir können seit Jahren die Strategie der Schuldlastumkehr beobachten, die darauf zielt, nicht Putins Russland als den Ausgangspunkt von Aggressionen und den seit 2014 statt-findenden Krieg gegen die Ukraine auszumachen, sondern die Schuld dafür stattdessen der Ukraine und dem Westen zuzuweisen. Das ist genau das, was der Kreml, der mit seinen Trojanischen Pferden schon seit Langem die europäische, vor allem die deutsche Politik beeinflusst, erreichen will. ...

Gabriele Krone-Schmalz verbreitet seit Jahren die politisch bedenkliche Mär, der Westen habe stets »Putins ausgestreckte Hand zurückgewiesen« und Russland »nicht auf Augenhöhe behandelt«. Dann wird die Annexion der Krim mal schnell als politische »Notwehr unter Zeitdruck« gerechtfertigt. Die Kritik an der großen Empathie von Krone-Schmalz für die russische Politik und die Blindheit gegenüber deren zunehmenden Konfrontations- und Kriegskurs ist weithin bekannt. Sie kommt nicht nur aus den Reihen der Wissenschaft, sondern auch von vielen Journalisten, an deren Arbeit Krone-Schmalz seit Jahren auch kein gutes Haar lässt, obwohl es in unseren Qualitätsmedien doch vielfach eine gute Berichterstattung gibt. Kollegen-Bashing gehört zum rhetorischen Grundinventar von Gabriele Krone-Schmalz.

Die Nähe zu den russischen Narrativen hat Gabriele Krone-Schmalz in den Medien und im Internet den Ruf einer Kremlapologetin eingebracht.“

Im weiteren Verlauf des Interviews wird Gestwa mit der Frage konfrontiert, ob Gabriele Krone-Schmalz überhaupt als „Expertin zum Themenkomplex Russland/Ukraine“ anzusehen sei. Hierauf antwortet Gestwa mit folgender Einschätzung:

„Nein, das ist sie eigentlich nicht. Sie publiziert zwar Bücher, deren Inhalte aber frag- bis merkwürdig sind und keinerlei wissenschaftlichen Standards gerecht werden. Sie hat auch noch nie in einer Zeitschrift der Osteuropa-Forschung einen Artikel publiziert. Damit ist sie faktisch nicht Teil der akademischen Fach-Community. Ihre Bücher beruhen auch nicht auf der sorgsamsten Analyse und Auseinandersetzung des Forschungsstands. Hin und wieder wird feigenblattmäßig ein Fachbuch im seltsam anmutenden Fußnotenapparat angeführt. Ansonsten wird im Blindflug über die wichtigen Fachorgane hinweggegangen. Das merken allerdings nur diejenigen, die aus dem Fach kommen. ...

Promoviert hat Gabriele Krone-Schmalz vor langer Zeit mit einer dünnen Studie zum Russlandbild in deutschen Schulbüchern. Das war damals kein Thema, mit dessen Bearbeitung Gabriele Krone-Schmalz innerhalb der Osteuropa-Forschung einen Akzent setzen konnte. Ich habe diese Dissertation auch noch nie zitiert gesehen. ...

Journalistisch ist Gabriele Krone-Schmalz seit den 1990er-Jahren nicht mehr in Russland und in Osteuropa tätig. Sie zehrt allein von ihrem Ruhm, als sie in den Perestrojka-Jahren erste Moskau-Korrespondentin der ARD war. Sie ist seit 2000 zunächst im von Putin und Schröder aus dem Boden gestampften Petersburger Dialog und einige Jahre später im Deutsch-Russischen Forum aktiv gewesen. Das sind beides Institutionen, die für ihre wenig kritische Haltung gegenüber dem Kreml seit Jahren heftig in der Kritik stehen. Daraus lässt sich aber auch kein Expertenstatus ableiten, es sei denn der für das »russische Seelenbefinden« und die neoimperialen Neurosen des Kremls.“

Mit dieser letzten Bemerkung leitet Gestwa einen performativen Selbstwiderspruch ein, indem er nun genau das tut, was er Krone-Schmalz vorwirft: sich als Experte zu gerieren, aber weit jenseits seiner faktischen Expertise bloße Meinungen in die Welt hinauszuposaunen. Gestwa erhebt nun den Anspruch, gegen den Wortlaut und das explizite Selbstverständnis von Krone-Schmalz entweder besser als diese selbst zu wissen, was sie wirklich antreibt, oder aber ihre dunklen Motive ans Tageslicht zu zerren. Jedenfalls äußert er sich im Modus einer tiefenpsychologischen Motivationsforschung, die die wahren Absichten von Gabriele Krone-Schmalz decouvriert. Gestwa kennzeichnet sie als (un)heimliche Putinistin. Hierzu liest man:

„Gabriele Krone-Schmalz gefällt sich als politische Influencerin, die ihr publizistisches Geschäftsmodell darin gefunden hat, die russische Kriegspolitik zu erklären und dabei auf die notwendige kritische Distanz und Reflexion *verzichtet* oder diese nur publikumswirksam *vorgibt*. Wer sich die Mühe macht, die Argumentationsstrategie von Krone-Schmalz zu Ende zu denken, wird erkennen, dass daran kaum etwas richtig und wichtig ist. ...

Die Annexion der Krim war natürlich keine »Notwehr« eines bedrängten Russlands, sondern ein hinterhältiger Überfall auf ein souveränes europäisches Land, der zum Auftakt für einen großen Krieg wurde, der darauf zielt, die nach 1991 entstandene Sicherheitsordnung aus den Fugen geraten zu lassen. Wenn Souveränität und Grenzen nicht mehr zählen und militärischer Landraub als internationale Praxis toleriert wird, haben wir bald überall Krieg. Kritische Experten durchschauen diese Zusammenhänge, während Gabriele Krone-Schmalz bei ihrem Versuch, den Kreml zu verstehen, schließlich beim Verständnis für den Kreml landet. ...

Gabriele Krone-Schmalz weiß, sich öffentlich zu inszenieren. Sie präsentiert sich als Verteidigerin von Meinungsvielfalt und Differenzierung, als die mutige Gegenstromanlage im angeblich verengten politischen Mainstream. Sie identifiziert vermeintliche Probleme, die der Westen so nicht sieht, die sich ihr aber allein erschlossen haben. *Das ist eine gerissene Taktik, sich auf Kosten anderer zur Welterklärerin zu erheben.* ...

Zu ihren *publizistischen Taschenspielertricks* gehört es auch, Zweifel zu säen. Beim Abschuss des Passagierflugzeugs MH17 im Juli 2014 und dem Nowitschok-Anschlag auf die Skripals 2018 wandte sie sich immer empört gegen eine Vorverurteilung Russlands und wiederholte die Entlastungsargumente des Kremls, *um diesen damit aus der Schusslinie zu nehmen*. Mittlerweile wissen wir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, was passiert ist und wie sehr Gabriele Krone-Schmalz mit ihren früheren Aussagen heute im Regen steht. ...

Gabriele Krone-Schmalz bedient geschickt den deutschen »Russland-Komplex« (Gerd Koenen) und mischt mächtig mit beim »Russland-Kitsch« (Karl Schlögel), der politisch blind macht. Zu ihrem *publizistischen Geschäftsmodell* gehören ein eingängiger Anti-Amerikanismus und eine wenig reflektierte Kritik an der Nato und EU. Damit spricht Krone-Schmalz viele an, *um zugleich zu kaschieren*, dass mit ihren Aussagen Putins Tiraden über den »kollektiven Westen« und die fortgesetzte Erniedrigung Russlands der Weg in die deutsche Öffentlichkeit bereitet wird. Das garniert sie mit der Aussage, dass nicht alles falsch und Propaganda sei, was in Moskau gesagt werde.

Hochproblematisch ist vor allem, dass Gabriele Krone-Schmalz viele Fakten verzerrt darstellt, *um sie für ihr Narrativ passend zu machen*. Daraus ergeben sich bedenkliche interpretative Schief lagen und sogar gefährliche Desinformationen. ... Sie beklagt die »Dämonisierung Russlands« und ergeht sich dabei in einer »Dämonisierung der Ukraine«. *Ihre Strategie ist klar: den Euro-Maidan zu verteufeln, um die russische Krim-Annexion als den eigentlichen Völkerrechts- und Tabubruch relativieren zu können.*⁶⁷

Klaus Gestwa überschreitet bei weitem seine wissenschaftlichen Kompetenzen, wenn er Gabriele Krone-Schmalz im Entlarvungsgestus als Agentin Putins zu diskreditieren versucht, indem er auf vermeintlich dunkle Motive und auf Beifall von der falschen Seite hinweist.⁶⁸ Aber er überschreitet damit auch die Regeln des Anstands. Den Anforderungen an intellektuelle Pflichterfüllung, die Hermann Hesses Ethik für Kriegszeiten aufstellt, wird er so nicht gerecht. *Diskursverantwortung* geht anders.

((3)) Prof. Rüdiger Bachmann, Ph.D., ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der katholischen Privatuniversität Notre Dame im US-Bundesstaat Indiana. Auf dem Höhepunkt der aufgeregten Debatte um die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine meldete sich dieser deutschstämmige Wissenschaftler am 21. Januar 2023 mit folgender Twitter-Mitteilung zu Wort:

⁶⁷ Kursivsetzungen durch I.P. Sie indizieren, wo Gestwa nicht einfach nur eine auf Fehlern beruhende Meinung kritisiert, sondern den Anspruch erhebt, böse Absichten entdeckt zu haben. Da fragt man sich unweigerlich, aufgrund welcher Qualifikation und anhand welcher Evidenz er diesen Anspruch erhebt, den er ja – schon beim geringsten Minimum an wissenschaftlicher Selbstreflexion – niemals aufstellen würde, und zwar im klaren Bewusstsein epistemischer Demut, dass ein solcher Anspruch mit bloßen Vermutungen grundsätzlich nicht einzulösen ist.

⁶⁸ Motive sind nicht empirisch zu beobachten und können deshalb immer nur vermutet werden. Und Beifall von der falschen Seite ändert nicht den Wahrheitsstatus einer Aussage, sondern allenfalls ihren Bequemlichkeitsstatus, ihren Status politischer Opportunität. Wer dies verwechselt, begeht einen gravierenden Kategorienfehler und fällt dem Wunschdenken anheim, dass nicht sein kann, was nicht sein darf.

„Man hat nur noch Hass! Hass auf diese Putinisten in Deutschland, seine Querdenker, FuckAfD und Linkspartei, diese Lappen aus Bordesholm und Halle, und, langsam, auf Deutschland selbst, das offenbar seine Bewunderung für den Autoritarismus nie ganz abgelegt hat. #FreeTheLeopards“⁶⁹

Es geht mir hier nicht darum, die Frage aufzuwerfen, ob es Anstandsregeln gibt, die man als Wissenschaftler bei öffentlichen Äußerungen besser nicht missachten sollte, wenn man (im Interesse der eigenen Person und Institution) Reputationsschäden vermeiden will. Stattdessen will ich nur darauf hinweisen, dass insbesondere die sozialen Medien manche Menschen der Versuchung aussetzen, möglichst radikale Formulierungen zu wählen, die ganz generell Aufsehen erregen (sollen), um eine ganz spezifische Form von Zustimmung zu erzeugen bzw. zu verstärken.

Hier geht es allerdings nicht um die Zustimmung Andersdenkender, die mit Argumenten inhaltlich überzeugt werden sollen, ihre Meinung zu ändern. Sondern es geht um die Zustimmung im eigenen Lager, dessen Mitgliedern man sich als besonders radikaler Anhänger anempfiehlt. In der ethischen Literatur nennt man dies kritisch „virtue signaling“⁷⁰ oder „grandstanding“⁷¹. Man hat es hier nicht mit einer nach außen (an die out-group) gerichteten Kommunikation von *Überzeugungsargumenten* zu tun, sondern mit einer nach innen (an die in-group) gerichteten Binnen-Kommunikation von *Bekundungsargumenten*.⁷² Da geht es nicht um *Erkenntnisgewinn*, sondern um *Statusgewinn*.

Wer als Intellektueller *Diskursverantwortung* übernehmen will, sollte sich dieser Form rein expressiver Kommunikation strikt enthalten – zumal sie dazu beiträgt, angesichts kontroverser Themen die Gegenseite nicht argumentativ aufzuklären, wohl aber emotional anzufeuern. Zu befürchten sind Kaskadeneffekte rhetorischer Eskalation, die wie bei einer Abwärtsspirale leicht zur Folge haben können, dass nicht das höchste, sondern das niedrigste Seriositätsniveau im Diskurs besonders lautstark vertreten ist. So kann es zu Diskursblockaden kommen, welche man aus Gründen politischer Vernunft um so lieber vermeiden möchte, je sensibler bzw. brisanter das zu behandelnde Thema ist.⁷³

((4)) Es versteht sich eigentlich von selbst, sei hier zur Sicherheit – insbesondere zur Vermeidung unnötiger Missverständnisse – aber dennoch explizit hervorgehoben, dass die voranstehenden Ausführungen keine inhaltliche Parteinahme zugunsten von Gabriele Krone-Schmalz oder zugunsten von Johannes Varwick (oder zugunsten sonstiger Diskussteilnehmer) darstellen – sondern allein zugunsten ihres Rechts, am Diskurs teilzunehmen, und zugunsten der intellektuellen Pflicht aller Bürger, namentlich der Intellektuellen, diese Diskursteilnahme mindestens zu tolerieren.⁷⁴ Mir geht es um ein Plädoyer für die Integrität (und Produktivität) des gesellschaftlichen Diskurses.

⁶⁹ Bachmann (2023). Vermutlich richtet sich sein Verweis auf Bordesholm an den SPD-Politiker Dr. Ralf Stegner, sein Verweis auf Halle an den Politikwissenschaftler Prof. Dr. Johannes Varwick. Beide stehen der Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine kritisch gegenüber.

⁷⁰ Vgl. z.B. Miller (2019).

⁷¹ Vgl. z.B. Tosi und Warmke (2020).

⁷² Zu dieser Differenzierung vgl. Pies (2017).

⁷³ An dieser Stelle ist es angebracht, nochmals auf die bereits zitierte Stelle bei Hermann Hesse zu verweisen, mit der implizit auch Wissenschaftler dazu aufgerufen sind, sich gerade in Kriegszeiten als Intellektuelle zu verhalten, die dem Frieden verpflichtet sind – und etwaige Hassgefühle anderen zu überlassen: „Jeder, der im Felde steht und täglich sein Leben wagt, habe das volle Recht zur Erbitterung und momentanem Zorn und Hass, und jeder aktive Politiker ebenso. Aber wir anderen, wir Dichter, Künstler, Journalisten [und Wissenschaftler; I.P.] – kann es unsere Aufgabe sein, das Schlimme zu verschlimmern, das Hässliche und Beweinenswerte zu vermehren?“ Man kann es auch so sagen: Hasskommunikation ist mit einem wissenschaftlichen Selbstverständnis öffentlichen Vernunftgebrauchs kategorial unvereinbar.

⁷⁴ Pate steht also das falsche Voltaire-Zitat, auf das im Text bereits hingewiesen wurde. Um nur jeweils ein Beispiel zu geben, in dem ich John J. Mearsheimer bzw. Johannes Varwick inhaltlich widersprechen würde:

Zusammenfassung und Ausblick

Ich habe in diesem Artikel versucht, im Hinblick auf die einleitend aufgeworfenen Fragen abschnittsweise folgende Antworten zu geben:

1. Öffentlicher Vernunftgebrauch im Sinne Immanuel Kants zielt auf Argumente in einem unmittelbar handlungsentlasteten Diskurs, der gesellschaftliche Lernprozesse voranbringen soll.
2. Dieser öffentliche Vernunftgebrauch sollte im Sinne John Stuart Mills möglichst uneingeschränkt erfolgen können, weil der freie Austausch von Pro und Contra auf besonders konstruktive Weise der Wahrheitssuche und letztlich dem Erkenntnisfortschritt dient.
3. Im Anschluss an Hermann Hesse gibt es für Intellektuelle in Zeiten des Krieges nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht zum öffentlichen Vernunftgebrauch. Diese besteht darin, nicht die Fahne in den Wind zu hängen, nicht mit den Wölfen zu heulen, sondern *Diskursverantwortung* zu übernehmen und – selbst mitten im Krieg – die Kooperations-Idee eines partnerschaftlichen Friedens nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.
4. Beispiele vorbildlicher Pflichterfüllung im Sinne Hermann Hesses betreffen die – für sich selbst wie auch für andere unbequeme – Art und Weise, wie Intellektuelle in verschiedenen Zeiten und verschiedenen Kontexten die populären Meinungen ihrer Zeitgenossen als Vor-Urteile in Frage stellen und sich bemühen, den Diskurs für eine sachliche Auseinandersetzung zu öffnen und diese mit tragfähigen Argumenten voranzutreiben.
5. Beispiele für eine eklatante Pflichtverletzung im Sinne Hermann Hesses betreffen (a) Rufe nach Zensur, (b) klar auf die Diskreditierung von Personen zielende Behauptungen über deren vermeintlich dunkle Motive sowie (c) die statusorientierte Substitution von Überzeugungsargumenten durch Bekundungsargumente.

Ich möchte – als Ausblick – noch eine kurze Abschlussüberlegung hinzufügen.

Das ordonomische Forschungsprogramm folgt der heuristischen Fragestellung: *Wie denkt eine Person(en)gruppe, wenn sie so denkt, wie hier gedacht wird?* Damit wird die

(a) Mearsheimer kritisiert die USA für einen mutwillig vom Zaun gebrochenen Stellvertreterkrieg gegen Russland. Allerdings beruht seine Kritik darauf, dass hier eine falsche Prioritätensetzung zum Ausdruck komme. Ihm wäre es lieber, die USA würden sich auf ihre strategische Rivalität zu China konzentrieren. In dieser Hinsicht bestehen grundlegende Differenzen zum ordonomischen Denkansatz. Mearsheimers offensiver Realismus bleibt der fixen Idee verhaftet, zwischenstaatliche Beziehungen als Machtkampf und damit als Nullsummenspiel zu konzeptualisieren. Innerhalb seines Denkrahmen gelangt man bestenfalls zur Vorstellung eines kooperativen Antagonismus. Die Ordonomik hingegen geht von der Vorstellung einer antagonistischen Kooperation aus und entgeht damit dem tragischen – und stellenweise fatalistischen – Weltbild, in dem Mearsheimer gefangen bleibt. Aus ordonomischer Sicht ist eine militärische Auseinandersetzung des Westens mit China weder wünschenswert noch unausweichlich. – (b) Varwick hat den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wiederholt als „Zivilisationsbruch“ bezeichnet. Nun wird diese Vokabel üblicherweise verwendet, um den Holocaust zu kennzeichnen. Insofern halte ich seine Wortwahl für ungünstig gewählt. Sie scheint mir allerdings ein Indiz dafür zu sein, wie groß der von ihm empfundene Druck sozialer Erwartungen ist, sich von Russland zu distanzieren. Ich könnte mir vorstellen, dass er sich hier – bewusst oder unbewusst – terminologisch vergreift, weil es ihm primär nicht darum ging, einen qualitativen Unterschied historischer Ungerechtigkeiten anzuerkennen, sondern allein darum, sich im Eifer des (Wort-)Gefechts nicht unnötig angreifbar zu machen und seine Kritiker gewissermaßen auf Distanz zu halten.

Aufmerksamkeit auf den Denkraum gelenkt. Dies ermöglicht dann eine Folgenabschätzung der relevanten Alternativen.

So kann man beispielsweise vergleichen, welche Konsequenzen absehbar sind, wenn man (a) im Win-Lose-Paradigma eines strikten Interessenkonflikts denkt, (b) im Win-Win-Paradigma einer strikten Interessenharmonie oder aber – dies ist die ordonomisch präferierte Lösung – (c) im Win-Win-Paradigma *antagonistischer Kooperation*.

Sieht man Situationen durch eine Simultaneität konfligierender und harmonisierender Interessen gekennzeichnet, dann wird die Perspektive auf Fragen der *Situationsgovernance* fokussiert, weil es von der jeweiligen Anreizkonstellation – und nicht etwa von der Natur des Menschen – abhängt, genau welche Interessen jeweils situativ im Vordergrund stehen, handlungsleitend werden und damit letztlich das Resultat (= Verhaltensgleichgewicht) bestimmen.

Dies gilt auch für diskursives Verhalten. Es kommt auf die konkret geltenden Spielregeln an! Sie beeinflussen ganz maßgeblich das jeweilige Diskursergebnis. Insofern lautet das *ordonomische Credo*: Einem etwaigen Diskursversagen kann man am besten dadurch begegnen, dass man die Anreize für eine *individuelle* Übernahme von Diskursverantwortung *institutionalisiert*, so dass das Aufstellen, Einhalten und Pflegen von Regeln für einen öffentlichen Vernunftgebrauch zum Gegenstand *kollektiven Handelns* wird. Diese auf *kluge Selbstorganisation* setzende Reformoption beschreitet den einzig verfügbaren Weg, auf dem eine moderne Gesellschaft sich selbst an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen kann.

Literatur

- Augstein, Jakob et al. (2022): Waffenstillstand jetzt! Verhandlungen so schnell wie möglich, in: Die ZEIT vom 30. Juni 2022, S. 48.
- Bachmann, Rüdiger (2023): Twitter-Feed vom 21. Januar 2023, im Internet unter: <https://twitter.com/BachmannRudi/status/1616786865071202304> (letzter Zugriff am 9.2.2023).
- Bittner, Jochen und Martin Machowecz (2022): Streitgespräch zwischen Alexander Graf Lambsdorff und Johannes Varwick: Sollte Deutschland auch die Rückeroberung der Krim unterstützen?, in: Die ZEIT vom 29.9.2022, S. 12.
- Davies, Franziska (2015) Verantwortungslose Verharmlosung der russischen Aggression, Onlineartikel vom 10. März 2015, im Internet unter: <https://www.cicero.de/kultur/gabriele-krone-schmalzueber-russland-verantwortungslose-verharmlosung-der-russischen> (letzter Zugriff am 7.2.2023).
- Davies, Franziska (2022a): Wo Johannes Varwick in seiner Einschätzung des Kriegs in der Ukraine irrt, Onlinedokument vom 21.6.2022, im Internet unter: <https://www.severint.net/2022/06/21/franziska-davies-wo-johannes-varwick-in-seiner-einschaetzung-des-kriegs-in-der-ukraine-irrt/> (letzter Zugriff am 7.2.2023).
- Davies, Franziska (2022b): Twitter-Feed zum Varwick-Interview im Sender Deutschlandfunk Kultur, Onlinedokument vom 14.8.2022, im Internet unter: <https://www.severint.net/2022/09/14/dokumentiert-franziska-davies-zum-varwick-interview-im-dlf/> (letzter Zugriff am 7.2.2023).
- Davies, Franziska (2022c): Twitter-Feed vom 13.9.2022 zur Reaktion von Deutschlandfunk Kultur, im Internet unter: <https://twitter.com/EFDavies/status/1569654207782834177> (letzter Zugriff am 7.2.2023).
- Davies, Franziska (2022d): Twitter-Feed vom 4. Juni 2022, im Internet unter: <https://twitter.com/EFDavies/status/1532995389716152321> (letzter Zugriff am 7.2.2023).
- Davies, Franziska (2022e): Desinformation, Onlineartikel, nicht datiert, im Internet unter: <https://zeit-schrift-osteuropa.de/blog/desinformation/> (letzter Zugriff am 7.2.2023).
- Friedman, Milton (1970, 2007): The Social Responsibility of Business is to Increase its Profits, in: Corporate Social Responsibility, Volume 1: Theories and Concepts of Corporate Social Responsibility, hrsg. von Andrew Crane und Dirk Matten, Los Angeles u.a.O.: SAGE Publications, S. 69-74.
- Friedman, Milton (1970): The social responsibility of business is to increase its profits. New York Times Magazine 13, S. 32.
- Hesse, Hermann (1914): O Freunde, nicht diese Töne, in: Neue Zürcher Zeitung vom 3. November 1914, S. 1 f. Hier im Anhang wieder abgedruckt.
- Hesse, Reinhard (2022): Soll die Wissenschaft den Kontakt nach Russland abbrechen?, Onlineartikel in der Frankfurter Rundschau vom 12. Dezember 2022, im Internet unter: <https://www.fr.de/politik/soll-die-wissenschaft-den-kontakt-nach-russland-abbre-chen-91971987.html> (letzter Zugriff am 7.2.2023).
- Hume, David (1742, 1987): Essays – Moral, Political, and Literary, Indianapolis: Liberty Fund.
- Kant, Immanuel (1784, 1969): Was ist Aufklärung?, in: Ders.: Gesammelte Werke, Akademie-Ausgabe, hrsg. von der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Band VIII, Berlin: De Gruyter, S. 33-42.
- Kennan, George F. (1946): Telegram, datiert auf den 22. Februar 1946, im Internet unter: <https://nsarchive2.gwu.edu/coldwar/documents/episode-1/kennan.htm> (letzter Zugriff am 7.2.2023).
- Kleist, Heinrich von (1977): Sämtliche Werke und Briefe, Band 1, München. Hanser.
- Körner, Theodor (1813): Lützows verwegene Jagd, im Internet unter: https://de.wikipedia.org/wiki/L%C3%BCtzows_wilde_Jagd (letzter Zugriff am 6.2.2023).

- Krone-Schmalz, Gabriele (2022): Russland und die Ukraine. Videoaufzeichnung des Vortrags vom 14.10.2022 bei der Volkshochschule Reutlingen, im Internet unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Gkozj8FW11w&t=45s> (letzter Zugriff am 8.2.2023).
- Kunze, Reiner (1989): Das weiße Gedicht. Essays, Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Lippmann, Walter (1947, 1986-1987): The Cold War, in: *Foreign Affairs* 65, S. 869-884.
- Maier, Michael (2022): Ukraine setzt Alice Schwarzer auf Schwarze Liste, Online-Artikel der Berliner Zeitung vom 28.07.2022, im Internet unter: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/ukraine-setzt-alice-schwarzer-auf-schwarze-liste-li.251348> (letzter Zugriff am 8.2.2023)
- Mearsheimer, John J. (2001, 2014): *The Tragedy of Great Power Politics*, New York und London: W.W. Norton & Company.
- Mearsheimer, John J. (2014): Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault: The Liberal Delusions That Provoked Putin, in: *Foreign Affairs* 93(5), S. 77-89.
- Mearsheimer, John J. (2015): Why is Ukraine the West's Fault? Featuring John Mearsheimer, Video, im Internet unter: <https://www.youtube.com/watch?v=JrMiSQAGOS4&t=9s> (letzter Zugriff am 7.2.2023).
- Mearsheimer, John J. (2018): *The Great Delusion. Liberal Dreams and International Realities*, New Haven und London: Yale University Press.
- Mearsheimer, John J. (2022a): The Causes and Consequences of the Ukraine War, Onlineartikel vom 23. Juni 2022, Im Internet unter: <https://www.russiamatters.org/analysis/causes-and-consequences-ukraine-war> (letzter Zugriff am 7.2.2023).
- Mearsheimer, John J. (2022b): The Causes and Consequences of the Ukraine War. A Lecture by John J. Mearsheimer, Video, im Internet unter: <https://www.youtube.com/watch?v=qciVozNtCDM&t=5s> (letzter Zugriff am 7.2.2023).
- Mill, John Stuart (1859, 1977): On Liberty, in: Ders.: *Collected Works of John Stuart Mill, Volume XVIII*, edited by J.M. Robson. Introduction by Alexander Brady. University of Toronto Press; Routledge and Kegan Paul, S. 213-310.
- Miller, Geoffrey (2019): *Virtue Signaling. Essays on Darwinian Politics and Free Speech*, ohne Ort: Cambrian Moon.
- Pies, Ingo (2017): Moderne Ethik als Ethik der Moderne: Wie dem Phänomen der Entfremdung wirksam zu begegnen ist, in: Ingo Pies (Hrsg.): *Die Tugenden des Marktes. Diskussionsmaterial zu einem Aufsatz von Luigino Bruni und Robert Sugden*, Freiburg und München: Karl Alber, S. 266-280.
- Pies, Ingo (2022): *30 Jahre Wirtschafts- und Unternehmensethik: Ordonomik im Dialog*, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin (wvb).
- Pies, Ingo, Philipp Schreck und Karl Homann (2021): Single-objective versus multi-objective theories of the firm: using a constitutional perspective to resolve an old debate, in: *Review of Managerial Science* 15, S. 779-811.
- Pies, Ingo und Johannes Varwick (2022): Wissenschaftskommunikation in Zeiten des Krieges: Fragen und Antworten, Videomitschnitt eines am 18.10.2022 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg geführten Gesprächs, im Internet unter: https://www.youtube.com/watch?v=Llnv_f7Gwag&t=2930s (letzter Zugriff am 8.2.2023).
- Publik-Forum (2023): Streitgespräch zwischen Ruprecht Polenz und Johannes Varwick: Die Ukraine weiter aufrüsten?, Onlineartikel vom 7. Februar 2023, im Internet unter: <https://www.publik-forum.de/menschen-meinungen/die-ukraine-weiter-aufrues-ten> (letzter Zugriff am 8.2.2023).
- Ströbel, Michael (2023) Interview mit Klaus Gestwa: „Russland-Kitsch, der politisch blind macht“, Onlineartikel vom 13. Januar 2023, Im Internet unter: https://www.t-online.de/region/stuttgart/id_100072528/kritik-an-krone-schmalz-russland-kitsch-der-politisch-blind-macht-.html (letzter Zugriff am 8.2.2023).

- Tallentyre, Stephen G. [Pseudonym für Evelyn Beatrice Hall] (1906): *The Friends of Voltaire*, London: Smith, Elder & Co.
- Tosi, Justin und Brandon Warmke (2020): *Grandstanding. The Use and Abuse of Moral Talk*, Oxford: Oxford University Press.
- Varwick, Johannes (2022): Aspekte einer nationalen Sicherheitsstrategie für Deutschland, in: Ringo Wagner und Hans-Joachim Schaprian (Hrsg.): *Zeitenwende in der Sicherheitspolitik. Deutschlands Weg in eine neue Ordnung*, Magdeburg, S. 98-104. Im Internet unter: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/sachsen-anhalt/19578.pdf> (letzter Zugriff am 8.2.2023).
- Varwick, Johannes (2023a): Warum Realpolitik im Ukraine-Krieg mich ins Abseits manövriert hat, Onlineartikel in der Berliner Zeitung vom 13.1.2023, im Internet unter: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/gastbeitrag-politikwissenschaftler-johannes-varwick-warum-realpolitik-im-ukraine-krieg-mich-ins-abseits-manoevriert-hat-li.303282> (letzter Zugriff am 8.2.2023).
- Varwick, Johannes (2023b): Taugt die realistische Theorieschule zur Erklärung des russischen Kriegs gegen die Ukraine?, erscheint demnächst in: *Sirius - Zeitschrift für Strategische Analysen*.
- Varwick, Johannes et al. (2021): Raus aus der Eskalationsspirale! Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland, Online-Aufruf vom 5.12.2021, im Internet unter: https://www.johannes-varwick.de/rauf/AUFRUF_Raus-aus-der-Eskalationsspirale_05122021-3.pdf (letzter Zugriff am 7.2.2023).
- Wrase, Michael (2022): Interview mit Johannes Varwick: „Wir sind in einem der brisantesten Momente der Geschichte“, in: *Luxemburger Wort* vom 27.10.2022, S. 8 f., im Internet unter: <https://www.wort.lu/de/international/wir-sind-in-einem-der-brisantesten-momente-der-geschichte-6356abf2de135b9236516830> (letzter Zugriff am 8.2.2023).
- „X“ [Pseudonym für George F. Kennan] (1947): *The Sources of Soviet Conduct*, in: *Foreign Affairs*, July 1947, S. 566-582.

Anhang

O Freunde, nicht diese Töne!
von Hermann Hesse
Neue Zürcher Zeitung vom 3.11.1914, S. 1 f.

Die Völker liegen einander in den Haaren, und jeden Tag leiden und sterben Ungezählte in furchtbaren Kämpfen. Mitten zwischen den aufregenden Nachrichten vom Kriegsschauplatz fiel mir, wie das so geht, ein längst vergessener Augenblick aus meinen Knabenjahren ein. Da saß ich, vierzehnjährig, an einem heißen Sommertag in Stuttgart in dem berühmten schwäbischen Landexamen, und als Aufsatzthema wurde uns diktiert: »Welche guten und welche schlechten Seiten der menschlichen Natur werden durch den Krieg geweckt und entwickelt?« Meine Arbeit über dies Thema beruhte auf keinerlei Erfahrung und fiel entsprechend traurig aus, und was ich damals, als Knabe, unter Krieg sowohl wie unter Kriegstugenden und Kriegslasten verstand, stimmt nicht mehr mit dem zusammen, was ich heute so nennen würde. Aber im Anschluss an die täglichen Ereignisse und an jene kleine Erinnerung habe ich dem Krieg in dieser Zeit viel nachgedacht, und da jetzt doch einmal der Brauch eingerissen ist, dass Männer der Studierstube und des Ateliers ihre Meinungen hierüber kundgeben, scheue ich mich nicht länger, auch die meine auszusprechen. Ich bin Deutscher, und meine Sympathien gehören Deutschland, aber was ich sagen möchte, bezieht sich nicht auf Krieg und Politik, sondern auf die Stellung und Aufgaben der Neutralen. Damit meine ich nicht die politisch neutralen Völker, sondern all diejenigen, die als Forscher, Lehrer, Künstler, Literaten am Werk des Friedens und der Menschheit arbeiten.

Da sind uns in letzter Zeit betrübende Zeichen einer unheilvollen Verwirrung des Denkens aufgefallen. Wir hören von Aufhebung der deutschen Patente in Russland, von einem Boykott deutscher Musik in Frankreich, von einem ebensolchen Boykott gegen geistige Werke feindlicher Völker in Deutschland. Es sollen in sehr vielen deutschen Blättern künftig Werke von Engländern, Franzosen, Russen, Japanern nicht mehr übersetzt, nicht mehr anerkannt, nicht mehr kritisiert werden. Das ist kein Gerücht, sondern Tatsache und schon in die Praxis getreten.

Also ein schönes japanisches Märchen, ein guter französischer Roman, von einem Deutschen noch vor Kriegsbeginn treu und liebevoll übersetzt, muss jetzt totgeschwiegen werden. Eine schöne, gute Gabe, mit Liebe unserm Volk dargebracht, wird zurückgestoßen, weil einige japanische Schiffe Tsingtau bekriegen. Und wenn ich heute das Werk eines Italieners, eines Türken, eines Rumänen lobe, so darf das nur mit dem Vorbehalt gelten, dass nicht vor Beendigung des Abdrucks in diesen Völkern ein Diplomat oder Journalist die politische Lage ändert!

Andererseits sehen wir Künstler und Gelehrte mit Protesten gegen kriegführende Mächte auf den Plan treten. Als ob jetzt, wo die Welt in Brand steht, solche Worte vom Schreibtisch irgendeinen Wert hätten. Als ob ein Künstler oder Literat, und sei er der beste und berühmteste, in den Dingen des Krieges irgend etwas zu sagen hätte.

Andere nehmen am großen Geschehen teil, indem sie den Krieg ins Studierzimmer tragen und am Schreibtisch blutige Schlachtgesänge verfassen oder Artikel, in denen der Hass zwischen den Völkern genährt und ingrimmig geschürt wird. Das ist vielleicht das Schlimmste. Jeder, der im Felde steht und täglich sein Leben wagt, habe das volle Recht zur Erbitterung und momentanem Zorn und Hass, und jeder aktive Politiker ebenso. Aber

wir anderen, wir Dichter, Künstler, Journalisten - kann es unsere Aufgabe sein, das Schlimme zu verschlimmern, das Hässliche und Beweinenswerte zu vermehren?

Gewinnt Frankreich etwas, wenn alle Künstler der Welt gegen die Gefährdung eines schönen Bauwerkes protestieren? Gewinnt Deutschland etwas, wenn es keine englischen und französischen Bücher mehr liest? Wird irgend etwas in der Welt besser, gesünder, richtiger, wenn ein französischer Schriftsteller den Feind mit gemeinen Schimpfworten bewirft und das Heer zu tierischer Wut aufzustacheln sucht?

Alle diese Äußerungen, vom frech erfundenen »Gerücht« bis zum Hetzartikel, vom Boykott »feindlicher« Kunst bis zum Schmähwort gegen ganze Völker, beruhen auf einem Mangel des Denkens, auf einer geistigen Bequemlichkeit, die man jedem kämpfenden Soldaten ohne weiteres zugute hält, die aber einem besonnenen Arbeiter oder Künstler schlecht ansteht. Ich nehme von vorneherein alle diejenigen von meinem Vorwurf aus, denen schon vorher die Welt bei den Grenzpfählen aufhörte. Die Leute, denen jedes der französischen Malerei erteilte Lob ein Gräuelpunkt war und denen bei jedem Fremdwort der Zornschweiß ausbrach, die sind es nicht, von denen hier die Rede ist, die tun weiter, was sie vorher taten. Aber die anderen alle, die sonst mit mehr oder weniger Bewusstsein am übernationalen Bau der menschlichen Kultur tätig gewesen sind und jetzt plötzlich den Krieg ins Reich des Geistes hinübertragen wollen, die begehen ein Unrecht und einen großen Denkfehler. Sie haben so lange der Menschheit gedient und an das Vorhandensein einer übernationalen Menschheitsidee geglaubt, als dieser Idee kein grobes Geschehen widersprach, als es bequem und selbstverständlich war, so zu denken und zu tun. Jetzt, wo es zur Arbeit, zur Gefahr, zum Sein oder Nichtsein wird, an jener größten aller Ideen festzuhalten, jetzt kneifen sie aus und singen den Ton, den der Nachbar gerne hört.

Wohlverstanden, dies geht nicht gegen die vaterländische Gesinnung und die Liebe zum eigenen Volkstum. Ich bin der letzte, der in dieser Zeit sein Vaterland verleugnen möchte, und es würde mir nicht einfallen, einen Soldaten vom Erfüllen seiner Pflicht abzuhalten. Da man jetzt einmal am Schießen ist, soll geschossen werden - aber nicht des Schießens und der verabscheuungswürdigen Feinde wegen, sondern um so bald wie möglich eine bessere, höhere Arbeit wiederaufzunehmen! Es wird jetzt jeden Tag viel von dem vernichtet, wofür alle Gutgesinnten unter den Künstlern, Gelehrten, Reisenden, Übersetzern, Journalisten aller Länder sich ihr Leben lang bemühten. Das ist nicht zu ändern. Töricht und falsch aber ist es von jedem, der je eine einzige helle Stunde lang an die Idee der Menschheit, an eine internationale Wissenschaft, eine nicht national beschränkte Schönheit in der Kunst geglaubt hat, wenn er jetzt, über das Ungeheure erschrocken, die Fahne wegwirft und sein Bestes mit in den allgemeinen Ruin schmeißt. Ich glaube, es sind sehr wenige, es ist vielleicht nicht einer unter unseren Dichtern und Literaten, in dessen Gesamtwerk später einmal das Beste das sein wird, was er heute im Zorn der Stunde gesagt und geschrieben hat. Es ist auch unter ihnen, soweit sie überhaupt ernst zu nehmen sind, nicht einer, dem Körners Vaterlandslieder im Herzen lieber wären als die Gedichte jenes Goethe, der sich vom großen Befreiungskrieg seines Volkes so merkwürdig fernhielt.

Ja eben, rufen jetzt die Nurpatrioten, dieser Goethe ist uns immer verdächtig gewesen, er war nie ein Patriot, und er hat den deutschen Geist mit jener milden, kühlen Internationalität verseucht, an der wir lang gelitten haben und die unser deutsches Bewusstsein merklich geschwächt hat.

Da sitzt der Kern der Frage. Goethe war nie ein schlechter Patriot, obwohl er Anno 1813 keine Nationallieder gedichtet hat. Aber über die Freude am Deutschtum, das er

kannte und liebte wie nur einer, ging ihm die Freude am Menschentum. Er war ein Bürger und Patriot in der internationalen Welt des Gedankens, der inneren Freiheit, des intellektuellen Gewissens, und er stand in den Augenblicken seines besten Denkens so hoch, dass ihm die Geschicke der Völker nicht mehr in ihrer Einzelgewichtigkeit, sondern nur noch als untergeordnete Bewegungen des Ganzen erschienen.

Mag man das einen kühlen Intellektualismus schelten, der im Augenblick ernster Gefahr zu schweigen habe – es ist dennoch der Geist, in dem die besten deutschen Denker und Dichter gelebt haben. An ihn zu erinnern und an die Mahnung zu Gerechtigkeit, Mäßigung, Anstand, Menschenliebe, die er enthält, dazu ist es jetzt mehr Zeit als je. Soll es denn dazu kommen, dass Mut dazugehört für einen Deutschen, ein gutes englisches Buch besser zu finden als ein schlechtes deutsches? Soll der Geist unserer Kriegführenden selber, der den feindlichen Gefangenen schont und erhält, den Geist unserer Denker beschämen, der den Feind auch da, wo er friedlich ist und Gutes bringt, nicht mehr anerkennen und schätzen will? Was sollte da nach dem Kriege werden, in jener Zeit, vor der wir alle schon ein wenig bangen, wo Reisen und geistiger Austausch zwischen den Völkern darniederliegen werden? Und wer soll dazu beitragen und daran arbeiten, dass es wieder anders wird, dass man sich wieder versteht, wieder anerkennt, wieder voneinander lernt – wer soll das tun, wenn nicht wir, die wir am Schreibtisch sitzen und unsere Brüder im Felde stehen wissen? Ehre jedem, der mitkämpft, mit Blut und Leben, auf dem Schlachtfeld unter den Granaten! Uns ändern, die es mit der Heimat gut meinen und an der Zukunft nicht verzweifeln wollen, uns ist die Aufgabe geworden, ein Stück Frieden zu erhalten, Brücken zu schlagen, Wege zu suchen, aber nicht mit dreinzuhauen (mit der Feder!) und die Fundamente für die Zukunft Europas noch mehr zu erschüttern.

Noch ein Wort für jene vielen, die man unter diesem Krieg verzweifelt leiden sieht und denen jede Kultur, jede Menschlichkeit dadurch vernichtet scheint, dass jetzt Krieg ist. Krieg war immer, seit wir von Menschengeschicken wissen, und es waren keine Gründe für den Glauben da, er sei nun abgeschafft. Es war lediglich die Gewohnheit langen Friedens, die uns das vortäuschte. Krieg wird so lange sein, als die Mehrzahl der Menschen noch nicht in jenem Goetheschen Reich des Geistes mitleben kann. Krieg wird noch lange sein, er wird vielleicht immer sein. Dennoch ist die Überwindung des Krieges nach wie vor unser edelstes Ziel und die letzte Konsequenz abendländisch-christlicher Gesittung. Der Forscher, der das Mittel gegen eine Seuche sucht, wird seine Arbeit nicht wegwerfen, wenn eine neue Epidemie ihn überrascht. Noch viel weniger wird »Friede auf Erden« und Freundschaft unter den Menschen, die eines guten Willens sind, jemals aufhören, unser höchstes Ideal zu sein. Menschliche Kultur entsteht durch die Veredelung tierischer Triebe in geistige, durch Scham, durch Phantasie, durch Erkenntnis. Dass das Leben wert sei, gelebt zu werden, ist der letzte Inhalt und Trost jeder Kunst, obgleich alle Lobpreiser des Lebens noch haben sterben müssen. Dass Liebe höher sei als Hass, Verständnis höher als Zorn, Friede edler als Krieg, das muss ja eben dieser unselige Weltkrieg uns tiefer einbrennen, als wir es je gefühlt. Wo wäre sonst sein Nutzen?

*Diskussionspapiere*⁷⁵

- Nr. 2023-04 **Ingo Pies**
Öffentlicher Vernunftgebrauch in Zeiten des Krieges – Über die Rechte und Pflichten von Intellektuellen
- Nr. 2023-03 **Ingo Pies**
Diskursversagen im Ukraine-Konflikt? – Ein ordonomisches Follow-Up
- Nr. 2023-02 **Ingo Pies**
Kriegspropaganda im Ukraine-Konflikt – Eine ordonomische Diskursanalyse
- Nr. 2023-01 **Ingo Pies**
Laudatio Max-Weber-Preis für Tim-Philipp Bruns
- Nr. 2022-19 **Ingo Pies**
Corporate Citizenship –
Ordonomische Auskünfte zum politischen Engagement von Unternehmen
- Nr. 2022-18 **Ingo Pies und Joachim Weimann**
Frieden für die Ukraine
- Nr. 2022-17 **Ingo Pies**
Wie (un)moralisch ist Agrarspekulation?
- Nr. 2022-16 **Ingo Pies**
Wir werden überschwemmt von einer Springflut schlechter Ideen –
Nachdenkliches (nicht nur) zum Ukraine-Krieg
- Nr. 2022-15 **Ingo Pies**
Hunger durch Agrarspekulation? – Lessons (not) learned
- Nr. 2022-14 **Ingo Pies**
Wahrnehmungsmuster des Ukraine-Krieges – Eine ordonomische Diskursanalyse
- Nr. 2022-13 **Ingo Pies**
Wirtschaftsethik in Zeiten des Krieges –
Ordonomische Reflexionen zur Theorie und Praxis der Konfliktlösung
- Nr. 2022-12 **Ingo Pies**
Angst ist kein guter Ratgeber – Wut auch nicht: Ordonomische Reflexionen
zum Ukraine-Krieg
- Nr. 2022-11 **Christian Rennert**
Markt, Organisation und Führung – Eine Argumentationsskizze
- Nr. 2022-10 **Ingo Pies**
Moral versus Ethik: Nachdenkliches zum Ukraine-Krieg
- Nr. 2022-09 **Ingo Pies**
Disruptive Gratification –
A Thought-Provoking Impulse to Pacify the Ukraine War
- Nr. 2022-08 **Ingo Pies**
Disruptive Belohnung –
Ein (wirtschafts-)ethischer Denkanstoß zur Befriedung des Ukraine-Krieges

⁷⁵ Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>. Hier finden sich auch die Diskussionspapiere der Jahrgänge 2003-2020.

- Nr. 2022-07 **Ingo Pies**
Hunger-Macher? Fehl-Alarm! – Zur Chronologie einer wirtschaftsethischen Intervention
- Nr. 2022-06 **Ingo Pies**
Management-Kompetenzen für nachhaltige Wertschöpfung – Anregungen aus ordonomischer Sicht
- Nr. 2022-05 **Ingo Pies**
Grenzen des Wachstums oder Wachstum der Grenzen?
- Nr. 2022-04 **Ingo Pies**
Kapitalismus(kritik) auf dem Prüfstand
- Nr. 2022-03 **Ingo Pies**
Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit bei John Stuart Mill – Eine ordonomische Rekonstruktion
- Nr. 2022 -02 **Ingo Pies**
30 Jahre Wirtschaftsethik – Zur Entwicklung des ordonomischen Forschungsprogramms
- Nr. 2022-01 **Ingo Pies**
30 Jahre Unternehmensethik – Ein ordonomischer Rückblick, Überblick und Ausblick
- Nr 2021-07 **Ingo Pies**
Kurzinterview zur Corona-Pandemie
- Nr. 2021-06 **Ingo Pies**
Diskursversagen durch moralische Vor- und Fehltritte – Die ordonomische Perspektive
- Nr. 2021-05 **Ingo Pies**
Interview: 60 Jahre Amnesty International – Ordonomische Anmerkungen zu Licht und Schaden im NGO-Sektor
- Nr. 2021-04 **Ingo Pies**
Rezension zu Ulrich Blums „Wirtschaftskrieg – Rivalität ökonomisch zu Ende denken“
- Nr. 2021-03 **Ingo Pies**
Liberalismus als Verfassungsphilosophie westlicher Gesellschaften
- Nr. 2021-02 **Ingo Pies**
Laudatio Max-Weber-Preis für Ann-Kathrin Crede
- Nr. 2021-01 **Ingo Pies**
Kapitalismus als System zur Verwirklichung moralischer Anliegen

*Wirtschaftsethik-Studien*⁷⁶

- Nr. 2022-1 **Ingo Pies und Klaus M. Leisinger**
Unternehmensethik und Integrität – Ein Briefwechsel zwischen Theorie und Praxis
- Nr. 2020-1 **Ingo Pies und Michael Schramm**
„Ordonomik“ und „Business Metaphysics“ im Dialog
- Nr. 2013-1 **Ingo Pies**
Chancengerechtigkeit durch Ernährungssicherung – Zur Solidaritätsfunktion der Marktwirtschaft bei der Bekämpfung des weltweiten Hungers
- Nr. 2010-1 **Ingo Pies, Alexandra von Winning, Markus Sardison, Katrin Girlich**
Sustainability in the Petroleum Industry: Theory and Practice of Voluntary Self-Commitments
- Nr. 2009-1 **Ingo Pies, Alexandra von Winning, Markus Sardison, Katrin Girlich**
Nachhaltigkeit in der Mineralölindustrie: Theorie und Praxis freiwilliger Selbstverpflichtungen
- Nr. 2007-1 **Markus Beckmann**
Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship
- Nr. 2005-3 **Ingo Pies, Peter Sass, Roland Frank**
Anforderungen an eine Politik der Nachhaltigkeit – eine wirtschaftsethische Studie zur europäischen Abfallpolitik
- Nr. 2005-2 **Ingo Pies, Peter Sass, Henry Meyer zu Schwabedissen**
Prävention von Wirtschaftskriminalität: Zur Theorie und Praxis der Korruptionsbekämpfung
- Nr. 2005-1 **Valerie Schuster**
Corporate Citizenship und die UN Millennium Development Goals: Ein unternehmerischer Lernprozess am Beispiel Brasiliens
- Nr. 2004-1 **Johanna Brinkmann**
Corporate Citizenship und Public-Private Partnerships: Zum Potential der Kooperation zwischen Privatwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Zivilgesellschaft

⁷⁶ Als kostenloser Download unter <http://ethik.wiwi.uni-halle.de/forschung>.

Autor:

Prof. Dr. Ingo Pies

Lehrstuhl für Wirtschaftsethik

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Druck-Ausgabe: 978-3-96670-170-9
Online-Ausgabe: 978-3-96670-171-6